

## Dokumentation:

# Roma- Diskurse: Rassismus in Zeiten der Krise 21. Jänner 2010, Albert Schweitzer Haus

*Die Dokumentation wurde editiert und zusammengestellt von Michael Fanizadeh und Harald Reiweger.*



**Walter Posch:** Ich darf Sie sehr herzlich im Namen des VIDC zu unserer heutigen Veranstaltung begrüßen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, mich an dieser Stelle herzlich bei der Austrian Development Agency für die Unterstützung zu bedanken, die sie uns wie immer leistet. Mein Dank gilt auch dem Kulturverein der

Österreichischen Roma, namentlich Rudolf Sarközi für die Kooperation, mein besonderer Dank gilt den Tagungsgästen, die von weit hergekommen sind, aus Polen, aus der Slowakei, aus Rumänien, aus Ungarn, und Cornelia Kogoj von der Initiative Minderheiten sowie dem Historiker Gerhard Baumgartner für die Unterstützung bei der Konzeption der Veranstaltung und für die Moderation und insbesondere auch bei Michael Fanizadeh und dem Team des VIDC, die diese Veranstaltung organisiert haben.

Die Volksgruppe der Roma hat in Österreich in rechtlicher Hinsicht einen bemerkenswerten Schritt der Anerkennung in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt. In Österreich ist sie seit 1993 neben den Burgenlandkroaten, den Slowaken und den Slowenen, den Ungarn und den Tschechen als Volksgruppe anerkannt. Wir haben im Parlament in den 1990er Jahren auch eine Staatszielbestimmung zum Schutz von sprachlichen und kulturellen Minderheiten in der österreichischen Verfassung verankert. Österreich hat das Rahmenabkommen des Europarats zum

Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert, und Romanes ist anerkannt als Minderheitensprache im Sinne der Europäischen Charta der Minderheitensprachen.

Aber ist hier in Österreich wirklich alles zum Besten bestellt? Hier in Europa? 15 Jahre nach Oberwart, nach dem furchtbaren Anschlag auf vier Roma. Ist in Österreich alles zum Besten, wo Bettelverbote diskutiert werden, in einigen Städten wie in Graz zum Beispiel. Wo man sich dann fragen muss: Wer sind die Asozialen, jene die betteln oder jene, die die Definitionsmacht innehaben über Bettelverbote.

Es gibt ja starke rechtsradikale und rassistische Parteien, vor allem in Osteuropa, aber insgesamt auch ein erstarktes rassistisches Klima in Westeuropa. Die ökonomische Lage der Roma – hat sie sich verschlechtert, hat sie sich verbessert durch die europäische Vereinigung? Hat sich die Roma-Politik durch Entwicklungszusammenarbeit verbessert oder verändert? Das alles sind Fragen, die wir heute u.a. diskutieren wollen.

Ich weiß nicht, ob sie das Buch von Karl Markus Gauss kennen, die „Hundeesser von Svinia“, wenn nicht, empfehle ich Ihnen sehr, es zu lesen. Nachdem es in den 1990er Jahren immer wieder pogromartige Überfälle auf Roma-Siedlungen gegeben hat, hat Gauss sich auf eine Reise begeben. Mir sind zwei Zitate aus diesem Buch besonders sinnfällig hängen geblieben. Eines davon lautet: „Irgendwann, vor vielleicht 50 Jahren ist das Roma-Dorf von Svinia von der Welt vergessen worden, heute sei es aus der Zeit gerutscht“, und an anderer Stelle schreibt er über das Leben der Roma dort: „Das wesentliche an ihrem Slum ist nicht die Armut, nicht die Gewalt, nicht die Arbeitslosigkeit, nicht der Verfall, das wesentliche an den Slums ist seine Unsichtbarkeit“.

Das sichtbar zu machen, was die „Zigeuner“, wie sie früher genannt wurden, sind, wie sie leben, ist Teil unserer Überlegungen. Wie die Umstände derer sind, die oft von der Mehrheitsbevölkerung folklorisierend, klischeehaft, als exotische Wesen betrachtet werden, die insgesamt unfähig seien zur Anpassung an sich verändernde sozioökonomische und politische Bedingungen. Das Bild vom ewig herum wandernden „Zigeuner“ ist adäquat dem Bild vom ewig herum wandernden Juden. Insofern gibt es da Berührungen, dieser Blick übersieht aber ganz entscheidend, dass erstens einmal die überwiegende Mehrheit der Roma inzwischen sesshaft ist und dass zweitens die Migration strukturelle und nicht ethnische Ursachen hat.

Der Zwang zur Dauermigration, der den „Zigeunern“, aber auch den Juden auferlegt war, hatte jedoch vor allem eine unvermeidliche Folge, nämlich den ökonomischen, den rechtlichen und den sozialen Ausschluss aus der Gesellschaft, der meistens mit einem allgemeinen Aufenthaltsverbot endete.

Die Geschichte der Roma ist eine Geschichte der Marginalisierung, der Verfolgung, der Ausrottung. Zur Zeit der Nationalsozialisten wurde eine mindestens sechsstellige Zahl von ihnen ausgerottet, Opfer eines Völkermordes ähnlich der Vernichtung der europäischen Juden, vorbereitet bereits in den 1930er Jahren, 1936 mit der Gründung der rassenhygienischen Forschungsstelle am Reichsgesundheitsamt, das die Begutachtungen für die in der Ostmark lebenden „Zigeuner“ und andere liefern sollte. Auf Befehl des Reichsführers SS vom 16. Dezember 1942 wurden dann diese Forschungsergebnisse in die Tat umgesetzt. Da hieß es dann: „Auf Befehl des Reichsführers SS vom 16.12.42 – Tgb. Nr. I 2652/42 Ad./RF/V. – sind Zigeunermischlinge, Rom-Zigeuner und nicht deutschblütige Angehörige zigeunerischer Sippen balkanischer Herkunft nach bestimmten Richtlinien auszuwählen und in einer Aktion von wenigen Wochen in ein Konzentrationslager (Auschwitz) einzuweisen“ Der Rest ist bekannt. Jeder Häftling erhielt eine Registrierungsnummer, die Namen waren ausgelöscht, die Personen reduziert auf Nummern, in Auschwitz in die Haut tätowiert, ansonsten sichtbar gemacht, mit dem schwarzen Winkel zunächst für Asoziale, später mit dem braunen Winkel.

Aber auch heute noch sind Roma Diffamierung und Diskriminierung ausgesetzt und unerwünscht; Und wenn sie sich zurück erinnern, in einigen südosteuropäischen Ländern in den letzten zwei Jahrzehnten offener Verfolgung ausgesetzt. So wurden während des Kosovo-Krieges ganze Roma-Siedlungen von Angehörigen der albanischen Mehrheitsbevölkerung geplündert und niedergebrannt und ihre Bevölkerung vertrieben. Auch in Bosnien wurden im Zuge sog. „ethnischer Säuberungen“ Roma vertrieben. Viele von ihnen haben während des Bürgerkrieges den Tod gefunden, viele von ihnen sind ins Ausland geflüchtet. Und dort im Ausland angekommen, schickt inzwischen Europa die Roma wieder zurück ins ehemalige Jugoslawien. Es gibt – wie sie vielleicht wissen – ein Wiederaufnahmeabkommen zwischen Serbien und der EU.

Jetzt möchte ich die politischen Hintergründe nicht ausleuchten, aber von wegen Aufenthaltsverbote und –gebote in entwickelten Demokratien, die die Roma wieder in

ihre Heimat zurückführen. Es gab vor Weihnachten in einer österreichischen Tageszeitung ein sehr gutes Crossover, ein Bericht über die Situation der Roma, deutscher Roma, die nach Jugoslawien zurückgeführt wurden, und da hat Milan, einer dieser Interviewten etwas gesagt, das mich sehr nachdenklich gestimmt hat und das vielleicht sinnbildlich stehen kann für die Situation, in der sich manche Roma in Europa befinden. Ich zitiere: „Am schwierigsten ist es zu verstehen, dass der Staat, den du als deine Heimat betrachtest, es nicht erwarten kann, dich los zu werden, und der Staat, in den du zurück gekehrt bist, hat nur eine Botschaft, warum bist du da, wir brauchen dich nicht, niemand will uns, wir gehören nirgendwo hin.“ Soviel zu Aufenthaltsgenehmigungen, Aufenthaltsverboten, Bleiberecht und Heimat in entwickelten europäischen Demokratien und nicht im Mittelalter(!!!) - von dem wir heute sprechen wollen, und vielleicht kann diese Veranstaltung einen Beitrag zu einem besseren Verstehen leisten und vor allem auch zu einem politischen Umdenken führen, das wünschen wir uns jedenfalls und ich hoffe, Sie erleben gute Diskussionen, viel Information, und sie sind herzlich eingeladen, sich dabei zu beteiligen.

## Panel 1: Soziale Integration in Zeiten der Krise



**Cornelia Kogoj:** Ich darf sie jetzt auch noch sehr herzlich begrüßen und zwar zum Panel 1 „Soziale Integration in Zeiten der Krise“ in Bezug auf Roma-Minderheiten. Mein Name ist Cornelia Kogoj, ich bin von der Initiative Minderheiten und werde durch dieses Panel führen. Zuerst möchte ich das Podium vorstellen und zwar fange ich gleich hier links mit Christa Achleitner an, sie ist die Leiterin der Volksgruppenabteilung des Bundeskanzleramts, das ist sozusagen die offizielle Stelle der österreichischen Volksgruppen, rechts von mir Michail Beis, er ist Politikwissenschaftler und seit 2003 Koordinator des Raxen-Netzwerks, Racism Xenophobia Information Network, bei der European Union Agency for Fundamental Rights hier in Wien, daneben Stanislav Daniel, er ist Research Officer beim European Human Rights Centre in Budapest und bei der Milan Šimecka Foundation in Bratislava, er hat u.a. Studien zur Roma-

Integration im slowakischen Bildungssystem durchgeführt und er war auch einer der Autoren der EU-Monitoring Publikation „Equal access to quality education for Roma“ und last but not least Mirjam Karoly, sie ist Politikwissenschaftlerin, arbeitet bei der OSZE und war auch im Rahmen der OSZE im Kosovo für Roma-Fragen zuständig. Sie ist im Vorstand des Romano Centro und Mitglied für Roma des Österreichischen Volksgruppenbeirats, der im Bundeskanzleramt angesiedelt ist.

Walter Posch hat es schon angesprochen: die Roma sind eine der Minderheiten in der EU oder in Europa überhaupt, die am stärksten von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind. Ob die pogromartigen Ausschreitungen in Ungarn, die Vertreibung von Roma-Familien in Slowenien, die Androhung, Fingerprints bei Roma in Italien zu nehmen, der Antiromapopulismus oder Antiziganismus hat sehr stark zugenommen. Zudem sind Roma auch jene Minderheit in Europa, die am stärksten von sozialer Ausgrenzung betroffen, vom Bildungssystem ausgeschlossen bzw. von Armut betroffen sind. Schätzungen gehen davon aus, dass die Armutsquote zehn Mal höher ist, als bei der Mehrheitsbevölkerung. Davon werden u.a. die Statements im ersten Panel handeln. Wir fangen mit Mirjam Karoly an, sie wird ein Statement über die soziale Situation der Roma auf dem Balkan halten, danach wird Stanislav Daniel der Frage nach dem Zusammenhang der Finanzkrise und dem Rassismus gegenüber Roma nachgehen, Christa Achleitner wird über die Situation der Roma in Österreich berichten und Michail Beis wird eine Studie zum Thema „Housing conditions of Roma and travellers in the European Union“ vorstellen.



**Mirjam Karoly:** Wenn wir von der sozialen Situation der Roma am Balkan sprechen, müssen wir die Situation der Roma in Albanien (120.000), Bosnien und Herzegowina (60.000), Bulgarien (600 - 800.000), Kroatien (40.000), Kosovo (40.000), Mazedonien (260.000), Montenegro (20.000), Slowenien (10.000) und Serbien (450.000) mit bedenken; vielleicht auch noch in Ungarn und der Türkei. Insgesamt handelt es sich dabei, nach inoffiziellen Zahlen um eine Bevölkerung von etwa an die 1,8 Millionen Personen. Die soziale Situation

der Roma am Balkan hier in Kürze zu umschreiben ist nahezu unmöglich, daher werde ich mich darauf beschränken Herausforderungen anzureißen und exemplarisch auf Beispiele aus Serbien und dem Kosovo eingehen.

Bei der Situation der Roma am Balkan handelt es sich um eine durchaus sehr diverse Roma-Bevölkerung, die zudem unter sehr unterschiedlichen politischen wie auch wirtschaftlichen Rahmenbedingungen lebt, wie etwa auch eine unterschiedliche Perspektive zu einem EU Beitritt bzw. Assoziierungsabkommen haben.

Hinzu kommt, dass einige Länder, mehr oder weniger, von den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien betroffen waren und sind. Ohne Frage sind Roma am Balkan wie auch sonst in Europa Diskriminierung und Rassismus ausgesetzt, wenn sich auch gute Beispiele der Koexistenz und Integration finden, oder Positivbeispiele von politischer Partizipation, oftmals aber im Rahmen von den für Minderheiten reservierten Plätzen. So gibt es z.B. eine der größten Roma-Siedlungen „Sutko Orizari“ mit über 40.000 Einwohnern in Skopje, Mazedonien, wo es Schulen gibt in denen auch in Romani unterrichtet wird. „Shuto Orizari“ ist mittlerweile eine eigene Gemeinde geworden, die von einem Roma-Bürgermeister vertreten wird; ein anderes Beispiel: In Serbien ist der Assistant Minister des Ministeriums für Menschenrechte und Minderheitenrechte ein Rom, dort wird auch versucht auf Gemeindeebene Roma-Koordinatoren einzurichten, die auf lokaler Ebene die Umsetzung der nationalen Strategie zur Verbesserung der Lage der Roma vorantreiben sollen.

Trotzdem, generell ist die soziale Lage der Roma verglichen mit dem Rest der Bevölkerung viel schlechter, oftmals nahezu desolat. Wie übrigens auch im Rest Europas zeigt sich dies insbesondere in den Bereichen Bildung, Arbeit, Gesundheit, Zugang zu sozialen Gütern und Wohnen. Deshalb wurde 2005 unter der Federführung George Soros eine breitere Initiative unter dem Titel „Dekade der Roma-Inklusion“ ins Leben gerufen, an der sich einige Staaten und internationale Akteure beteiligen, um mit konkreten Maßnahmen die sozio-ökonomische Situation der Roma und ihre soziale Einbindung in die Gesellschaft zu verbessern. Diese Initiative soll von 2005 - 2015 andauern, in der vor allem in den Bereichen Bildung, Arbeit, Wohnung und Gesundheit Verbesserungen erzielt werden sollen, unter Berücksichtigung übergreifender Themen wie Frauen, Armut und Rassismus. Einzelne Länder, übrigens die meisten der oben genannten, haben sich dazu

verpflichtet aktiv der Dekade beizutreten und entsprechende nationale Aktionspläne erarbeitet. Zusätzlich wurde ein Roma Education Fonds eingerichtet der gezielt Bildungsinitiativen fördert.

Die Finanzierung der Initiative allerdings erfolgt auf freiwilliger Basis und soll vor allem von den Staaten selbst mitgetragen werden, und diese Mittel bleiben oft aus. Bisher gibt es nur wenige Beispiele die von Erfolg zeugen. Oftmals erscheinen die Problemlagen in ihrer Dimension so übermächtig, dass letztendlich gar nichts passiert und außerdem lassen sich die sozialen Agenden, insbesondere wenn es um ausgegrenzte Minderheiten geht, politisch schlecht verkaufen. Mangel an Transparenz der Geldverwendung wie auch Mangel an transparenter Evaluation sind weitere Hürden bei der konkreten Implementierung solcher nationaler Aktionspläne, und das trifft natürlich nicht nur auf die Dekade-Initiativen zu, sondern auch auf viele andere, wie jene, die mit EU Programmen durchgeführt werden.

Andererseits sind die anzugehenden Problemlagen auch keine einfachen Aufgaben, dazu nur ein paar Beispiele:

Wenn wir uns die Lebensumstände und den Wohnbereich am Beispiel Serbiens ansehen: Es gibt eine Anzahl von über 600 informellen Roma-Siedlungen in Serbien, davon alleine an die 150 in der Gemeinde Belgrad. In den meisten Fällen haben die Einwohner solcher Siedlungen keine adäquate Infrastruktur, keinen Wasseranschluss, Kanalisation, Strom oder asphaltierte Wege. In den meisten Fällen handelt es sich um typische Elendssiedlungen, deren Einwohner oftmals auf ein informelles Einkommen, u.a. Müll sammeln oder Betteln angewiesen und dementsprechend natürlich auch Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind.

Viele der Siedlungen befinden sich zudem in einer gesundheitsgefährdenden Umgebung ohne Anbindung an öffentlichen Verkehr. Und nur in seltenen Fällen sind die Kinder dieser Siedlungen in Schulen integriert oder haben Frauen den notwendigen Zugang zu Gesundheitseinrichtungen. In vielen Fällen haben die Einwohner kein Personaldokument oder Wohnsitz, da sie keine Adresse registrieren können. Diese Probleme nachhaltig in Angriff zu nehmen bedarf nicht nur finanzieller

Mittel und technischer Expertise, sondern auch den politischen Willen, diese Menschen zu integrieren, dabei müssen sehr flexible Wege gefunden werden.

Hinzu kommt noch ein weiteres Phänomen. Ohne Personaldokumente insbesondere Geburtsurkunde sind diese Menschen rechtlich nicht existent („legally invisible“) und haben somit auch keinen Zugang zu Sozialleistungen oder anderen Serviceeinrichtungen. Das Phänomen besteht nicht nur in Serbien, sondern der gesamten Region. Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) führt derzeit im Westbalkan ein groß angelegtes regionales von der EU gefördertes Projekt durch, um einerseits bei der Roma-Bevölkerung Bewusstsein für die Notwendigkeit der Registrierung zu fördern, aber auch Individuen ganz konkret mit Rechtsunterstützung beim Erwerb von Personaldokumenten zu unterstützen. Der Mangel an Personaldokumenten hat aber auch schwerwiegende, nachträgliche Folgen für Roma-Flüchtlinge und -Vertriebene der Konflikte im ehemaligen Jugoslawien. So haben sie ohne Dokumente und Besitztitel kaum Erfolg bei Restitutionsprozessen, vor allem was den Wiederaufbau ihrer Häuser an ihrem ehemaligen Siedlungsort anbelangt oder den Erhalt von gesicherten Miet- oder Eigentumsrechten. Abgesehen von der sowieso schwierigen sozialen Lage der Roma in der gesamten Region kommt für die Länder des ehemaligen Jugoslawiens auch noch hinzu, dass sie für die Flüchtlinge Lösungen für die Rückkehr und Integration oder für die Integration vor Ort, dort wo der Vertriebene Schutz gesucht hat, anbieten müssen. Hier sei wiederum auf Serbien verwiesen, das derzeit die größte Anzahl von Flüchtlingen beherbergt und trotz des wirtschaftlichen Einbruchs durch die Kriege und die Wirtschaftskrise nachhaltige Lösungen finden muss.

Roma waren so wie in Osteuropa „Verlierer der Wende“ im ehemaligen Jugoslawien „Verlierer der Konflikte“. Vor allem waren sie nie im Fokus von Friedensabkommen, sondern immer eine von vielen Minderheiten, die bestenfalls mitgedacht wurden; beispielweise erwähnt die Verfassung von Bosnien und Herzegowina nur Bosnier, Kroaten und Serben als konstituierende Völker nicht aber Roma, diese können zwar wählen, nicht aber für das Präsidentenamt kandidieren noch in die zweite Kammer des Parlamentes gewählt werden. Dazu gab es erst kürzlich ein bahnbrechendes Urteil vom EMRK der dies als diskriminierend verurteilt. Tatsache ist, in den meisten Fällen waren/sind die Roma selbst Flüchtlinge zweiter Klasse, was auch am



Rückkehrprozess und der Situation der intern vertriebenen Roma sichtbar wird. So gab es im Kosovo vor dem Konflikt an die geschätzte 100.000 - 150.000 Roma, Ashkali und Ägypter – heute wird deren Anzahl auf etwa 35.000 - 40.000 geschätzt. UNHCR schätzt, dass etwa 10.000 der 40.000 dem Risiko ausgesetzt sind staatenlos zu werden, da sie keine persönlichen Dokumente besitzen.

Zwischen 2000 bis Ende 2009 sind im Rahmen der freiwilligen Rückkehr nur an die knapp 9.000 (8.931 von 19.827 Minderheitenreturns) in den Kosovo zurückgekehrt. Ein großer Anteil, etwa an die 40.000 - 50.000 fristet ein Dasein als intern Vertriebene in Serbien (offiziell an die 22.000). Ein weiterer Anteil (auch hier gehen die Zahlen bis zu 50.000) hat in Westeuropa, wie etwa in Deutschland unter dem Titel „Duldung“ befristeten Aufenthalt gefunden; etliche von ihnen stehen nun vor einer Abschiebung in den Kosovo. Das betrifft auch Roma aus dem Kosovo in Österreich, denn Österreich verhandelt nun wie einige andere westeuropäische Länder nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo bilaterale Rücknahmeabkommen.

Aber nochmals ein Exkurs zurück zum Kosovo: Vor 1999 befand sich dort in Mitrovica Süd (also dem mehrheitlich albanisch bewohnten Teil) eine der größten Roma-Siedlungen ‚Mahalas‘ mit an die 8.000 - 10.000 Einwohner. Diese Siedlung wurde im Juni 1999 von einem albanischen Mob abgefackelt und die Einwohner vertrieben. Ein Teil floh nach Serbien oder bis nach Westeuropa, ein Teil verblieb in einem notdürftig eingerichteten Camp in den Baracken der ehemaligen Mienenarbeiter in Nord Mitrovica. Erst 2005, als offensichtlich wurde dass die Flüchtlinge einer massiven Bleivergiftung ausgesetzt sind, hat man versucht die Flüchtlinge zu evakuieren und in ein ehemaliges Camp der Französischen KFOR (die Ironie: die Soldaten wurden von dort evakuiert) umgesiedelt, allerdings war dies nur als kurzfristige, maximal sechsmonatige Übergangslösung gedacht.

Tatsächlich sind die Flüchtlinge nach wie vor in dem Camp und somit fast 10 Jahre einer Bleivergiftung ausgesetzt. Erst im vergangenen Jahr wurden, unter massiven internationalen Druck, konkret mit der kosovarischen Regierung und internationalen Stakeholdern, einschließlich der EU, die Rückführung und der Wiederaufbau von Häusern in der ehemaligen Mahalla verhandelt. Allerdings erlitten die Menschen und vor allem die Kinder bereits irreparable Schäden. Auch hier war eines der Probleme,

die einer substantiellen Rückkehr und dem Wiederaufbau der Mahalla entgegenstand, dass viele Roma ihren Besitz von Grund und Häusern nicht mit Dokumenten nachweisen konnten bzw. Kaufverträge nicht notariell beglaubigt hatten oder gar keine Besitztitel von Grund besaßen, die albanische Gemeinde zudem nicht sehr geneigt war, öffentlichen Grund für ein größeres Wiederaufbauprojekt umzuwidmen.

In Serbien hingegen ist nur ein Bruchteil der vertriebenen Kosovo-Roma in offiziellen Camps untergebracht, die Mehrheit lebt unter ärmsten Verhältnissen und in vielen Fällen ohne jegliche humanitäre Versorgung oder Zugang zu Sozialleistungen in informellen/illegalen Siedlungen und Baracken. Bisher lässt auch wenig erkennen, dass sich diese Situation verändern wird. Zudem hat Serbien 2007 ein Rückkehrrahmenübereinkommen mit der EU unterzeichnet, das 2008 in Kraft trat und wonach sich Serbien verpflichtet, all jene, die über Serbien in die EU eingereist sind und aus Serbien stammen oder Drittstaatsangehörige sind, zurückzunehmen.

Tatsächlich stellen Roma die höchste Anzahl unter den Zwangsabschiebungen aus Westeuropa nach Serbien da. Häufig stammen die Personen aus dem Kosovo oder besitzen keine Unterkunft mehr in Serbien, womit sie zum Anwachsen informeller Armutssiedlungen beitragen oder vielleicht wieder versuchen werden illegal in die EU einzureisen. Aber auch in den Kosovo wird nun gezielt rückgeführt, obzwar dort vielerorts keine adäquaten Bedingungen für eine Rückführung bestehen, noch eine ökonomische Integration bzw. ökonomisches Überleben gesichert werden kann. Viele wandern daher illegal wieder ab, was auch als ‚Secondary Displacement‘ bekannt ist.

Dazu noch ein letzter Gedanke, sowohl was die Repatriierungspolitik anbelangt, als auch die EU-Assoziierungs- und Beitrittsverhandlungen. Die Einschätzungen der EU über den Fortschritt der Aspiranten beziehen sich meist nur auf die Menschen- und Minderheitenrechtssituation im normativen Bereich, sprich auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Viel zu wenig wurde die tatsächliche Situation bzw. auch konkrete Umsetzung von Politikmaßnahmen bedacht. Beispielsweise haben viele der neueren EU Mitgliedsländer (Ungarn), vor allem aber auch die Post-Konflikt-Regionen wie Bosnien und Herzegowina oder Kosovo sehr hohe

Minderheitenstandards, das kosovarische Gesetz über die Rechte der ethnischen Gruppen zählt sicher europaweit zu einem der besten, was aber nicht bedeutet, dass diese auch umgesetzt werden, und insbesondere nicht für marginalisierte Gruppen wie den Roma.



**Stanislav Daniel:** Zuerst möchte ich mich für Ihre Anwesenheit und für die Einladung der Organisatoren bedanken. Es ist immer eine Herausforderung, weil sie wissen vorher nie, wie viele Leute hier anwesend sein werden, aber ich sehe, es sind sehr viele gekommen. Es wurde mir gesagt, ich möge mich zuerst vorstellen. Ich heiße Stanislav Daniel, meine Freunde nennen mich Stanko. Ich komme aus der Slowakei vom European Roma Rights Centre, das ist eine Menschenrechtsorganisation, die in Budapest ihren Hauptsitz hat. Wir kümmern uns

hauptsächlich um das Recht der Roma-Bevölkerungen, und alle Länder Europas sind hier Mitglied bei uns und das ist nicht nur auf die Europäische Union begrenzt. Ich möchte ihnen heute über die Verbindung zwischen Rassismus und Wirtschafts- und Finanzkrise erzählen:

Zunächst möchte ich einmal damit beginnen, Ihnen darzulegen, dass wir in unserer Organisation glauben, dass es keinen eindeutigen Beweis dafür gibt, dass es eine Verbindung zwischen der Wirtschaftskrise und der Gewalt gegen Roma gibt. Wir glauben nicht, dass diese Verbindung klar sichtbar ist. Es gibt keinen Beweis, dass es einen Niedergang der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Roma aufgrund der Wirtschaftskrise gibt, wir können nicht nur die Finanzkrise dafür verantwortlich machen. Viele jedoch denken das, weil der Populismus gegen die Roma ganz besonders in der Tschechischen Republik, in Bulgarien und in der Slowakei zwischen 2006 und 2008 besonders sichtbar wurde. Und es ist auch der Grund warum wir nicht glauben, dass die Wirtschaftskrise jetzt die Hauptschuld für Rassismus trägt. Das würde aber heißen, dass Geld keine Rolle spielt, offensichtlich kann man das auch nicht so sagen. Die Wirtschaftskrise verursacht natürlich Spannungen in der

Gesellschaft, das ist klar, wir haben hier einige Beweise in der Vergangenheit, in der Geschichte der Menschheit und ich denke es gibt niemanden hier im Raum, der sagt, dass die Roma nicht eine sensible Gruppe der Gesellschaft darstellen.

Ein weiterer Faktor, der die Verbindung zwischen Wirtschaftskrise und Rassismus aufzeigen soll, ist, dass es am Beginn der Wirtschaftskrise eine verstärkte Gewalt besonders in diesem Bereich gegeben hat. Wir glauben daher, dass es in dieser Wirtschaftskrise allgemeine Spannungen gibt und dass diese natürlich Auswirkungen auf die Gewaltausbrüche in unserer Gesellschaft haben.

Was sind nun die politischen Trends? In vielen Ländern sehen wir, dass es hier bereits Rassismus gegen Roma in Zeiten der wirtschaftlichen Höhenflüge gab, es gibt lokale, regionale und internationale Auswirkungen und wir hatten dieses Problem auch bei den letzten Wahlen, es hat sich auch in der EU niedergeschlagen. Ich möchte damit sagen, dass viele der Kandidaten diese Angsttaktik verwendet haben. Sie erzählen uns, wie die Mehrheitsbevölkerung vor den Minderheiten geschützt werden muss. Ich denke, dass wir uns alle an einen negativen Teil unserer Geschichte erinnern, wo die Menschen versucht haben „Endlösungen“ zu finden. Unglücklicherweise gehört dies bereits wieder zum Vokabular: Wenn sie einen Artikel hernehmen, der z.B. von populistischen Politikern geschrieben wurde, und wenn sie versuchen diesen Artikel zu vereinfachen und sich die Wörter genau ansehen, sehen sie, dass es die Rede von einer „Endlösung“ für das Roma-Problem gibt. Wir sagen, dass es nicht so einfach ist und es keine simplen Lösungen gibt, aber natürlich wollen die Menschen einfache Lösungen sehen.

Populismus ist heute in verschiedenen politischen Programmen im gesamten politischen Spektrum zu finden, das ist wirklich neu. In der Vergangenheit haben wir Rassismus und Populismus mit rechtsextremen Parteien in Zusammenhang gebracht, aber wir können nun sehen, dass es Populismus in allen politischen Programmen gibt, egal ob sie von der Mitte kommen, von links oder von rechts. Oft ist es nur eine Antwort auf die steigende Popularität der rechtsextremen Parteien. Das ist es, was ich hier betonen möchte.

Was sind nun die Charakteristika des Anti-Ziganismus? Man hat dies erkannt und als spezielle Form des Rassismus anerkannt. Doch viele streiten dennoch ab, dass sie Rassisten sind. Es gibt ja Roma-feindliche Geisteshaltungen, und diese sind weit verbreitet, werden akzeptiert und werden als ganz normal angesehen. In der Slowakei gibt es eine Gruppe die sagt, Roma zu hassen ist kein Rassismus, das ist einfach nur Hausverstand. Und Anti-Roma-Trends, wie Hassreden und Verallgemeinerungen werden sehr oft auch von Politikern verwendet. In der Slowakei gibt es einen Vorsitzenden einer (ehemaligen, Anm.) Regierungspartei, der verwendet das Wort Roma nicht, er spricht nur von „Zigeunern“. Wenn aber seine Partei diese Meinung vertritt und in die Regierung damit einzieht, warum sollten wir nun von ganz normalen Menschen etwas anderes erwarten. Wir haben also Rassismus bereits auf der politischen Ebene.

Warum dieser Anti-Roma-Populismus immer stärker wird ist eine Frage, die wir uns immer wieder selbst stellen. Roma-Phobie wird in allen Sphären des Lebens stark gefördert, sie können hier Videos sehen, Facebook-Eintragungen, Bloggs und andere Artikel, und alle Roma-feindlichen Haltungen kann man hier ganz einfach sehen. Es ist auch wichtig zu betonen, dass dieser Anti-Roma-Rassismus nicht nur das Thema der Neonazis ist, sondern von ganz normalen Menschen gefördert wird. Sie nehmen etwa bei Anti-Roma-Demonstrationen teil und das ist eine sehr gefährliche Entwicklung. Ich komme zu dem zurück, was ich zuerst gesagt habe, nämlich dass es einfach normal wird gegen Roma zu sein und Rassist zu sein, das ist das Gefährliche.

Was können wir nun tun? Was erwarten wir von den Regierungen? Zum Thema Straffreiheit für Gewaltaktionen, die gegen Roma gerichtet sind: Wir sehen die Gewalttäter und Mörder nicht, die hinter den Barrikaden sind. Meistens sehen die Menschen, dass sie gegen Roma machen können, was sie wollen und sie werden dafür nie bestraft werden. Politische, wirtschaftliche und zivile Rechte der Roma müssen gefördert und durchgesetzt werden. Die internationale Gemeinschaft muss anerkennen, dass die Probleme der Roma ein Vermächtnis von hunderten von Jahren der Ausgrenzung sind, das ist kein neues Thema. Wir können uns jetzt nicht erwarten, dass wir Lösungen finden, die wir sofort umsetzen können. Ich möchte auch sagen, dass unserer Meinung nach eine positive Bevorzugung in unseren

Ländern eingeführt werden muss, um sicher zu stellen, dass die Roma ein integrierter Teil der Gesellschaft werden. Wir kämpfen gegen Ausgrenzung und ich möchte sagen, dass die Integration per Gesetz erzwungen werden kann.

Was sind nun die wichtigsten Themen? Die vorgelegten Lösungen sind nicht dafür geeignet gegen Populismus zu kämpfen. Wenn ich sage, wie kann das Schulsystem verändert werden, das kann ich nicht in fünf Minuten beantworten. Die Populisten würden sagen, das können wir so und so schnell lösen, diese Menschen sind einfach aus den Schulen auszugrenzen. Ich möchte ihnen einmal ein Beispiel geben: Vor kurzem gab es in der Slowakei eine Studie, die man in Bezug auf das Thema durchgeführt hat: Wenn wir die Roma integrieren, dann würde sich das BIP um 10 % ändern. Es gibt die Gefahr, dass wir nur nach wirtschaftlichen Argumenten suchen, und nur die billigsten Lösungen suchen, wir sollten uns auch die Menschenrechtsprinzipien anschauen, ansonsten wäre es sehr gefährlich. Ich möchte Ihnen ein negatives Beispiel geben: Zu denken, dass die Todesstrafe immer billiger ist, als die Menschen lebenslänglich in den Gefängnissen zu haben, das ist sicher eine gefährliche Ansicht.

Lösungen gegen die Ausgrenzung der Roma zu finden, dauert einfach länger, als eine Regierungsperiode, und sie wissen, die Politiker wollen dieses Problem in ihren vier oder sechs Jahren Amtszeit zu einer Lösung führen. Eine Lösung zu finden, das ist wirklich eine große Herausforderung und ich möchte meinen Vortrag mit einem Zitat beenden: „Messen sie nicht die Höhe des Berges, bevor sie nicht die Spitze erreicht haben, dann werden sie sehen, wie niedrig der Berg wirklich ist.“ (Dag Hammarskjöld, 2. UNO Generalsekretär und Friedensnobelpreisgewinner).

Die englische Powerpoint-Präsentation von Stanislav Daniel finden Sie auf unserer Website [www.vidc.org](http://www.vidc.org).

**Christa Achleitner:** Das Thema soziale Integration in Zeiten der Krise beinhaltet auch die Frage nach den Unterschieden zur sozialen Integration in weniger krisengeschüttelten Zeiten. Vermutlich wird man zum Schluss kommen, dass die Unterschiede - wie etwa am Beispiel umkämpfter Arbeitsmärkte sichtbar – nicht prinzipieller sondern gradueller Natur sind. Ist die soziale Integration beim Einzelnen



gelungen, stellt sie sich die Frage partiell nicht mehr und ist ein einzelfallbezogenes Problem nicht mehr sichtbar. Schwierigkeiten statistischer Erfassungen gelungener Integration stehen Verzerrungen veröffentlichter Meinungen gegenüber, in denen etwa Medien (bad news is good news) vornehmlich nicht gelungene Integrationsfälle aufzeigen, gelungene Integrationsfälle tendenziell jedoch vergleichsweise selten berichten. Faktum ist, dass häufig sowohl romantisch verklärende als auch stereotype Aussagen pauschalierend aussichtslosen Charakters verbreitet werden. Oft erschöpfen sich Aussagen darin, wie verfolgt und ausgegrenzt Roma waren - in die Zukunft gerichtete, an dem vielfach Erreichten orientierte Darstellungen (auch Selbstdarstellungen) und Analysen, die allem – sowohl der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft - Raum geben, sind seltener anzutreffen. Viel zu wenig wird anhand positiver Beispiele demonstriert, dass Roma unbestritten verfolgt und benachteiligt waren, aber auch vieles erreicht und zu vielem für die Gesellschaft Wichtigem beigetragen haben und dazu fähig sind, einzeln aber auch gemeinsam in Gruppen, mit Vereinen, sicherlich auch mit zweckdienlicher Unterstützung des Staates, aber eben auch durch Eigeninitiative und Selbstbewusstsein Fortschritt zu schaffen.

Daran möchte ich anknüpfen und zunächst positive Beispiele aus Österreich bringen, die einige unter ihnen sicher überraschen werden. Was das Burgenland betrifft, siedeln Roma seit Maria Theresias Zeiten in der Oberwarther Region als autochthone Minderheit. Interessant ist, dass nach Erfahrungen dort ansässiger Roma sich etwa die Arbeitslosenrate insbesondere bei den Jugendlichen nicht signifikant von jener der Nichtroma unterscheidet. Das mag vielleicht überraschen, muss aber schon als ein Zeichen gelingender und gelungener Integration anerkannt werden. Dies ist vor allem ein Erfolg jener Roma, die eigeninitiativ geworden sind, aber auch ein Erfolg von Vereinen, die - sowohl nach innen, als auch nach außen - Aufklärungsarbeit geleistet haben, Veranstaltungen organisieren, direkte Kontakte mit Firmen pflegen und dialogorientiert sowohl mit der Mehrheits- und der Minderheitsbevölkerung sich austauschend ein aktiver Teil der Gesellschaft geworden sind. Roma sind in dieser

Region sowohl im öffentlichen Bereich als auch im privaten Bereich beschäftigt. Natürlich spielt im Einzelnen die Bildungsschiene eine große Rolle - je besser Roma ausgebildet sind, umso mehr werden sie auch in alle Jobsegmente hineinwachsen. Natürlich ist dabei nicht zu übersehen, dass Handlungsspielraum und Chancen auch davon abhängen, in welchem Abschnitt der Alterspyramide sich der Einzelne befindet. In der genannten Region sind Roma nicht nur im Hochbau, im Straßenbau, im Bereich der Gemeindearbeiten beschäftigt, viele haben erfolgreich Lehren absolviert, beginnen auch z.T. höhere Bildungswege einzuschlagen und sind vereinzelt bereits in mittleren Managementfunktionen verankert.

Im privaten Bereich sind vergleichsweise viele im Textil- oder im Lebensmittelhandel eingesetzt. Bei Männern ist augenfällig, dass viele in der Bauwirtschaft tätig sind und – so wie viele andere Burgenländer auch - nach Wien pendeln. Auch unter den selbständigen Marktfahrern oder in der Gastronomie Beschäftigten sind Roma präsent. Die Beschäftigungssituation wird unter Berücksichtigung gegebener Ausbildung beim jüngeren Segment der autochthonen burgenländischen Roma positiv zu beurteilen sein. Die Situation in Wien ist eine andere, gekennzeichnet auch durch autochthone Roma, in der überwiegenden Mehrheit aber durch einen hohen Anteil von Zuwanderern, die sich naturgemäß mit einer Fülle von weiteren Schwierigkeiten konfrontiert sehen. Ein besonderes soziales Integrationshindernis mag dort auftreten, wo ein als kulturell-traditionell bezeichnetes Verständnis ausschließend wirkt, etwa wo die Ausbildung von Mädchen - aus welchen Gründen immer – in Familien als nicht notwendig gesehen wird. Außer Aufklärungsarbeit über die Sach- und Rechtslage scheint in diesen Fällen nur eine Entwicklung von innen heraus, unterstützt durch NGOs und staatliche Maßnahmen mit der Zeit breitenwirksam Veränderungen hervorzubringen in der Lage sein.

Generell ist maßgeblich, welchen Faktoren für das Gelingen sozialer Integration – im Besonderen auch aus der Sicht von Roma (!) - eine Schlüsselrolle zukommt. Integration ist immer ein gesellschaftlicher Prozess, an dem mehrere Seiten mitwirken müssen: die, die zur Integration bereit; die, die Integration schaffen; die die Integration fördern; die, die Integration annehmen, etc.

Als Schlüssel ersten Ranges wird (zunehmend auch von älteren Roma-Angehörigen) Bildung insgesamt gesehen. Ohne Bildung geringe Chance am Arbeitsmarkt, in der



Folge kein Einkommen, damit notgedrungen soziale Schwierigkeiten und – ob für Roma oder Nichtroma – drohende Isolation und Ausgrenzung. Daher sind Unterstützungen im Bildungsbereich sowohl für jüngst zugewanderte Roma aber auch autochthone Minderheiten so bedeutsam.

Ein weiterer wichtiger Faktor ist, wie Roma von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Hier hören wir immer wieder von österreichischen Roma-Angehörigen, dass es besonders bedeutsam sei, sich mit der eigenen Identität auseinander zu setzen und diese anzunehmen. Spannungen scheinen dort aufzutreten, wo es Roma-Angehörige nicht schaffen, zu ihrer Identität oder Teilidentität als Rom oder Romni zu stehen und diese Identität verleugnen. Menschen, die diesen Prozess selber erlebt haben und die als Handicap empfundene Verleugnung überwunden haben, haben bestätigt, dass eine Auseinandersetzung mit der eigenen Identität, deren Annahme und deren selbstbewusst gezeigte Selbstverständlichkeit für das Gelingen der sozialen Integration überaus wichtig war.

Ein weiterer Schlüssel sei – so das Resümee sozial integrierter Roma – den Rückhalt in der eigenen Gruppe behalten zu haben, weil damit die Integrationsprozesse leichter zu verwirklichen waren. Dies hängt wohl mit der traditionell starken Gruppenidentität zusammen, die vordergründig an eine Sippe gebunden ist. Jedoch dürfe das Ausleben einer starken Gruppenzugehörigkeit eine Offenheit gegenüber der „Außenwelt“ nicht behindern: Erst beides zusammen trage zur sozialen Integration bei.

Ein weiterer Schlüssel ist die aktive Teilnahme am regionalen Geschehen. Je offener, je sichtbarer man werde, je mehr man bereit sei, auf die Mehrheitsbevölkerung zugehen, umso eher würde es auch in der Mehrheitsbevölkerung zu positiven Bewegungen kommen.

Ein weiterer, fünfter Schlüssel ist janusköpfig und betrifft sowohl staatliche Verpflichtungen als auch Verpflichtungen der Roma.

Die Verpflichtungen des Staates würde ich vor allem dort sehen, wo er unterstützen und schützen kann; somit jedenfalls im Bildungsbereich, durch Unterstützungsmaßnahmen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt, mit Maßnahmen zur

Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, mit wirksamen Antidiskriminierungsregelungen und -institutionen, aber auch grundsätzlich dadurch, dass Perspektiven sichtbar und ergreifbar werden und dazu beitragen, ein Versinken in eine Hoffnungslosigkeit (wie sie etwa in Folge von Segregation, Arbeitslosigkeit und mangelnder Infrastruktur auftritt) zu vermeiden.

Für jeden einzelnen Rom und jede einzelne Romni bedeutet das Tragen von Verantwortung, auch Eigeninitiative zu zeigen und sich Ziele zu setzen. Personen mit gelungener sozialer Integration haben immer wieder berichtet, wie bedeutsam es war, für sich selbst herauszufinden, was einem wirklich wichtig ist und man konkret im Leben erreichen will, um daran anschließend eine Planung und konsequente schrittweise Umsetzung der von einem selbst zu setzenden Schritte zu schaffen, einschließlich der aktiven Nutzung der von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Instrumentarien.

Unsere Burgenland-Roma sind, wie ich schon erwähnt habe, seit langer Zeit ortsansässig und ihre Möglichkeiten der Lebensgestaltung unterscheiden sich daher von vielen Roma-Gruppen in Europa, die eine fahrende Lebensweise pflegen. Beide Lebensformen haben Vor- und Nachteile und die Anforderungen an Staat und Individuum sind vergleichsweise unterschiedlich. Es bleibt aber immer die Frage, wie eine konfliktfreie Integration in die jeweilige Gesellschaft – sei sie auch nur temporär – gelingen kann. Kulturen ist immanent, dass sie zwar oftmals erstarren, in der Regel jedoch einer stetigen Veränderung unterliegen. Die damit einher gehenden sich ändernden Rahmenbedingungen verlangen zwar – auch für Roma - in gewissem Maße Anpassungen, bedeuten aber nicht notwendiger Weise, als Individuum seinen eigenen kulturellen Kern zu verlieren. Der individuellen Selbstbestimmung Raum zu lassen und Raum zu ermöglichen, ist Kennzeichen und Gradmesser einer hoch entwickelten Gesellschaft, die aber jedenfalls der Mitwirkung aller ihrer Teile bedarf.

**Michail Beis:** Sie können sich vorstellen, wie schwierig es für mich ist, das Thema auf europäischer Ebene zu besprechen, wenn Christa Achleitner gerade 15 Minuten nur für die Situation in Österreich gebraucht hat. Aber ich werde versuchen, Ihnen die zentralen Erkenntnisse unseres vergleichenden Reports über die Wohnbedingungen von Roma und Travellers in der EU zu präsentieren [„Comparative Report on Housing](#)



### Conditions of Roma and Travellers in the European Union

Ich arbeite seit 2003 in der europäischen Grundrechteagentur („European Union Agency for Fundamental Rights - FRA) und bin der Koordinator des Rassismus und Xenophobie Informationsnetzwerks RAXEN.

Ich beginne mit einer kurzen Vorstellung der europäischen Grundrechteagentur. Sie wurde 2007 geschaffen, um auf Forschung basierende Unterstützung und Expertise in Belagen von Grundrechten für die europäische Kommission

und die Mitgliedsstaaten, wenn diese EU Recht implementieren, bereitzustellen. Die Hauptaufgabe der Agentur ist es, verlässliche und objektive Daten zu sammeln, zu analysieren und bereitzustellen. Und das werden wir heute tun. Eine andere Aufgabe ist es auch, den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu fördern, und das öffentliche Bewusstsein für verschiedene Problematiken zu schärfen. Seit 2008 gibt es daher die „Fundamental Rights Platform“.

Zu dem Report: Im Dezember 2007 fragte die europäische Kommission die FRA an, einen umfassenden Report über die Wohnsituation von Roma und Travellers in der europäischen Union zu erstellen. Die FRA erteilte dem „European Roma Rights Centre“ und dem „Pavee Point Traveller’s Centre“ in Irland den Auftrag, die vergleichende Arbeit zu machen. Die Daten wurden auf nationaler Ebene mit Hilfe des „Racism and Xenophobia Information Network“, welche Vertretungen in den jeweiligen Mitgliedsstaaten haben, gesammelt. In Österreich beispielsweise durch das Ludwig-Boltzmann-Institut und ZARA. Es wurden Daten von 2000 bis 2009 gesammelt, welche sich auf den Zugang zu Wohnungsbeschaffung beziehen. Die Ergebnisse sind in drei Teile eingeteilt: Der komparative Bericht, sechs Fallstudien, die „good practices“ im Bereich des sozialen Wohnens und der Integration von Roma und eine Analyse von relevanten Daten bezüglich Minderheiten und Diskriminierungen. Dies ist unsere große Minderheiten- und Diskriminierungsumfrage, auf die ich später noch genauer eingehen werde.

Die Schlüsselergebnisse sind: Viele Roma und Travellers haben erschwerten Zugang zu Wohnmöglichkeiten im Privat- oder Sozialbereich. Viele Roma leben in Substandard-Situationen, welche oft die Untergrenzen von angebrachtem Wohnen unterschreiten. Viele leben in armseligen Hüttensiedlungen und temporären Camps, oft in segregierten und gefährlichen Gegenden. Damit einhergehend ist oft ein schlechter Zugang zu öffentlichen Leistungen, Arbeit und Bildung gegeben. In manchen Fällen ist auch der Zugang zu Wasser, Strom und Kanalisierung nicht gegeben. Viele Roma sind sich ihrer Rechte, definiert durch EU Gesetze, nicht bewusst; Konkret gemeint ist die „EU Racial Equality Directive“, die in nationale Gesetzgebungen einfließt.

Wie ich bereits gesagt habe, die „EU-MIDIS“ war eine sehr umfangreiche Umfrage, welche die FRA 2008 vorgenommen hat, um Diskriminierung und Erfahrungen von Schikanen bei Minderheiten und MigrantInnen in ganz Europa festzustellen. Im Zuge dieser Studie wurden von Mai bis Juli 2008 insgesamt 500 Roma aus 7 verschiedenen Ländern (Bulgarien, Tschechische Republik, Griechenland, Ungarn, Polen, Rumänien und der Slowakei) interviewt. Ich habe, was Diskriminierungen betrifft, zwei Beispiele zu privater und sozialer Wohnungsbeschaffung mitgebracht. In der Umfrage kam u.a. die Frage vor, „Wurden sie in den letzten 5 Jahren bei einer Wohnungssuche, von Mitarbeitern öffentlicher oder privater Agenturen diskriminiert?“. Hier können Sie sehen, dass mein Herkunftsland (Griechenland) mit 32% die höchste Rate an Diskriminierung aufgewiesen hat, gefolgt von Ungarn, der Tschechischen Republik, Polen und der Slowakei.

Zu einer anderen Frage. In Bezug auf das Bewusstsein zu rechtlichen Grundlagen gegen Diskriminierung: Den befragten Roma wurde die Frage gestellt, ob sie von irgendeinem Gesetz wüssten, das Diskriminierung beim Mieten oder Kaufen einer Wohnung verbieten würde. Hier können sie sehen, dass das Ergebnis sehr enttäuschend ist: Mindestens 70% der befragten Personen wussten nichts von einem solchen Gesetz. Hier ist die Botschaft an die EU-Institutionen, die FRA und natürlich an die Mitgliedsstaaten, dass mehr getan werden muss, um diese Information zu verbreiten und Kampagnen zur nationalen Gesetzgebung zu machen, welche europäische Gesetze zur Bekämpfung rassistischer Diskriminierung umsetzt.

Kommen wir zurück zu den Schlüsselergebnissen unseres Reports und zur Frage der Segregation: Viele Roma und Travellers leben nachwievor in segregierten Gegenden, was den Zugang zu Bildung, Arbeit und Gesundheitsdienstleistungen stark einschränkt und ihre Zukunft und Lebenschancen beeinflusst. Es gibt auch Belege dafür, dass Segregation Roma verwundbarer gegenüber gewaltsamen Angriffen macht. Vorkommnisse dieser Art wurden aus zentral- und osteuropäischen Ländern gemeldet. Während es Wohnungsprojekte gibt, welche die Diskriminierung aktiv bekämpfen sollen - Spanien ist ein gutes Beispiel - ergab unsere Forschung, dass Projekte in anderen Mitgliedsstaaten Segregation nicht bekämpfen sondern sogar verschlimmern.

Sicherheit von Miet- und Pachtverhältnissen wurde auch als großes Problem für Roma und Travellers festgestellt, v.a. für jene, die in formalen Siedlungen und gemieteten Unterkünften leben. Unsere Recherche ergab, dass es Vorfälle von Massenzwangsräumungen gab; Räumungen von regelmäßig zahlenden MieterInnen, ohne Vorwarnung, ohne Konsultation, und manchmal in Zusammenhang mit Polizeigewalt. Natürlich gab es auch Fälle, in denen die Behörden es verabsäumt haben, alternative Wohnmöglichkeiten oder adäquate Kompensationen zur Verfügung zu stellen.

Mangel an (Wohn-)Wagenplätzen („halting sites“): Dies betrifft hauptsächlich die Mitgliedsstaaten, in denen die Travellers leben. Das identifizierte Hauptproblem ist, dass trotz entsprechenden Maßnahmen in den betreffenden Staaten, eine zu geringe Anzahl an permanenten und vorübergehenden Wagenplätzen vorhanden ist. Manchmal gibt es bei der lokalen Umsetzung nationaler Gesetzgebung Widerspruch der Mehrheitsbevölkerung und lokalen Behörden. Manche Staaten haben gewisse Bestimmungen, welche Hindernisse für die Gruppe der Travellers darstellen. Um genauer zu werden: Die unzureichende Anzahl von Plätzen und Schwierigkeiten beim Parken von Fahrzeugen auf regulierten Wagenplätzen führt dazu, dass viele Travellers auf nicht-regulierte und illegale Plätze, ohne Zugang zu öffentlicher Grundversorgung ausweichen, wo sie permanenter Räumungsgefahr ausgesetzt sind.

Nationale Gesetzgebung: Viele Mitgliedsstaaten haben spezifische Roma-orientierte Initiativen für Wohnstätten und Inklusion eingeleitet, doch die meisten davon führten

nicht zu einer Verbesserung der Situation, auch wenn große Summen Geld dafür ausgegeben wurden. Diese Initiativen basieren oftmals nicht auf genauen Indikatoren, Zeitplänen oder Messwerten für Evaluationen. Dies war ein weiteres Schlüsselerlebnis der Forschung. In anderen Beispielen wurde gezeigt, dass regionale und lokale Behörden zögerlich waren, Maßnahmen, die bereits auf nationaler Ebene beschlossen waren, umzusetzen.

Die Forschung identifizierte drei Haupthindernisse: Die Bereitschaft von lokalen Behörden, die oft die wichtigsten Akteure für soziales Wohnen sind, Maßnahmen zu implementieren. Der zweite Punkt ist, wie bereits erwähnt, der Mangel an Bewusstsein von Roma und Travellers für die eigenen Rechte. Es wurde auch gezeigt, dass die nationalen Gleichberechtigungs-Institutionen, welche von der „Racial Equality Directive“ eingerichtet wurden, nicht genügend Beschwerden von Roma-Gruppen bekommen. Das zeigt, dass diese Institutionen für die betreffenden Gruppen nicht sichtbar genug sind. Der letzte Punkt ist der überwältigende Mangel an Information über ethnischen Hintergrund, Alter, Geschlecht und Behinderung.

Der Weg nach Vorne: Für die FRA ist unmittelbares Handeln auf verschiedenen Ebenen nötig. EU-Institutionen und Mitgliedsstaaten müssen Gleichberechtigung und soziale Inklusion in allen Bereichen des öffentlichen Lebens wie Wohnungsfragen, Bildung und Beschäftigung, vorantreiben. Die Mitgliedsstaaten müssen Arbeitsplatzsicherheit, angemessenen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur und erschwingliches und qualitativ und kulturell angemessenes Wohnen in guter Qualität in nicht segregierten Gegenden herstellen. Natürlich sollte von den Mitgliedsstaaten garantiert werden, dass jeder Mensch das Recht auf Wahl eines nomadischen oder sesshaften Lebensstils hat. Es herrscht, von unserem Standpunkt aus, eine große Verantwortung, die bei den lokalen Behörden liegt. Diese Behörden sollten Wohnprojekte – und Maßnahmen, basierend auf dem Prinzip der Gleichberechtigung, umsetzen.

Zu den EU-Institutionen: Die FRA schlägt vor, dass die EU-Institutionen verstärkt Mittel für weitere positive Maßnahmen in die Hand nehmen, die benachteiligten oder ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppen, wie Roma, zugutekommen. Die Institutionen sollten eine umfassende Strategie für die Inklusion von Roma und

Travellers entwickeln, welche eine Behausungskomponente beinhaltet und auf den Schlussfolgerungen des EU Rats und den „Common Basic Principles“ zur Integration von Roma, welche im Juni 2009 angenommen wurden, basiert. Natürlich sollten die EU-Institutionen die Zweckwidmung von Geldern der Strukturfonds in Betracht ziehen, um umfassendere Projekte zur Integration von Roma zu bewerkstelligen.

Schlussendlich empfiehlt die FRA den Mitgliedsstaaten die gesetzlichen Instrumente der EU voll auszuschöpfen. Was ich damit meine ist die „Racial Equality Directive“ und, wenn sie auf nationaler Ebene implementiert wird, die „Framework Decision on Racism and Xenophobia“, ein neues Instrument, das im November 2010 implementiert werden soll. Aber natürlich sollten sie vollen Gebrauch der Koordinierungs- und Finanzinstrumente machen, wenn Inklusionsstrategien für Roma und Traveller entwickelt werden. Die Mitgliedsstaaten sollten den Gleichberechtigungsinstitutionen mehr Ressourcen zukommen lassen, damit diese effizient Beschwerden sammeln und Opfer von Diskriminierung in rechtlichen Belangen unterstützen können. Natürlich sollten die Mitgliedsstaaten ergründen, wie „Governance“ auf den verschiedenen Ebenen unter Einbeziehung lokaler und regionaler Behörden, spezialisierter Einrichtungen und der Zivilgesellschaft gestärkt werden kann. Weiter sollten sie das öffentliche Bewusstsein für die relevante Gesetzgebung und Rechte stärken, da hier eine große Informationslücke besteht. Das war mein Vortrag, wenn sie Fragen haben besuchen Sie unsere Website. Da Sie zum Großteil ein österreichisches Publikum sind, möchte ich noch sagen, dass der Report u.a. auch auf einem 90 seitigen Bericht über die Situation in Österreich basiert. Diese Forschung wurde zum Großteil vom Ludwig-Boltzmann-Institut durchgeführt.

Die englische Powerpoint-Präsentation von Michail Beis finden Sie auf unserer Website [www.vidc.org](http://www.vidc.org).

## Panel 2: Verfolgung und kulturelle Identität



**Gerhard Baumgartner:** Ich darf ihnen die Panelisten im 2. Panel vorstellen: Zu meiner Rechten sitzt Prof. Rudolf Sarközi, Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma, eines der, wenn nicht das bekannteste Gesicht der österreichischen Roma-Bewegung. Selbst ein Überlebender des Holocaust, geboren in einem

Konzentrationslager, dem Lager Lackenbach. Ein Roma-Aktivist der ersten Stunde, federführend an der Anerkennung in Österreich beteiligt und bis heute Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der Roma beim österreichischen Bundeskanzleramt, neben ihm Iovanca Gaspar, eine gebürtige Rumänin, die nach dem Systemwechsel mit ihrer Familie nach Österreich gekommen ist, eine studierte Soziologin und seit fünf Jahren zuständig bei der MA 7 für die Arbeit mit Zuwanderervereinen, hauptsächlich Roma-Vereinen und mit anderen Migrantenvereinen. Dann, hier zu meiner Rechten Frau Prof. Éva Kovács aus Ungarn, eine Soziologin und Kulturanthropologin, die sehr viel über Roma in Ungarn geforscht hat, aber auch eine Aktivistin ist und maßgeblich am Zustandekommen des Netzwerkes Respekt für alle Ungarn im letzten Jahr beteiligt war. Das Netzwerk hat sich als Antwort auf die mörderischen Anschläge auf Roma-Siedlungen in Ungarn gebildet. Und dann zu meiner Rechten Valeriu Nicolae, ein Mann, der in seinem Leben die ganze Bandbreite von Roma-Existenzen, kennen gelernt hat, vom Leben im Slum bis hin zu den Höhen der europäischen Diplomatie. Er arbeitet heute in einer internationalen Roma-Organisation, European Roma Grass Roots Organisation, war viele Jahre in Brüssel als Policy Maker tätig gewesen und er wird heute unter dem Titel „Welcome to my world“ über Antiziganismus, wie es auf Deutsch heißt, „anti gipsyism“ sprechen.

**Valeriu Nicolae:** Ich versuche unterhaltend zu sein, denn das Thema ist ja ernst genug. Die Rede der letzten Panelisten erinnert mich daran, als ich 2004 in Brüssel war. Der Präsident des Europäischen Parlaments hat mir empfohlen eine Frau zu treffen, sie war im Europäischen Parlament für Westbalkan und Kosovofragen





zuständig, und ich habe sie getroffen. Sie hat mich gesehen und sie hat mich auf einen sehr niedrigen Stuhl gesetzt, und das erste, was sie gesagt hat war: „Wissen Sie was das Problem mit den Roma ist?“ Ich denke mir: „Nein, sollte ich Ihnen nicht meinen Namen sagen und mich vorstellen?“ „Sie machen zu viele Kinder.“ Dann sagte

sie: „Also was tun Sie so?“ Ich antwortete, dass ich mit meinem Wohnwagen durch ganz Europa fahre, singe, Geld verdiene und dann manchmal das Europäische Parlament besuche. Die Frau hat mir wirklich geglaubt. „Nein ich bin ein Diplomat, ich wurde hierher geschickt - von ihrem Boss sozusagen - um mich mit ernstesten Fragen zu beschäftigen.“ Also redeten wir, und am Ende meinte Sie: „Wissen Sie, es ist unglaublich, Sie sprechen so gut Englisch! Sind Sie wirklich ein Roma?“ Ich antwortete, dass es kein Wunder sei, mit zwei Masterabschlüssen und einem Doktor: „Erwarten Sie, dass ich sie beschimpfe oder stottere? Das ist kein Kompliment!“

„Menschen sind mehr die Söhne ihrer Zeit, als die Söhne ihrer Väter.“ Das betont nicht so sehr die Art wie wir aufwachsen, sondern vielmehr die Gesellschaft in der wir aufwachsen ist das was uns prägt. Wenn die Gesellschaft um uns herum rassistisch ist, werden wir auch zu Rassisten. Ich sage nicht, wir Roma sind diskriminierte Engel. Ich sage, ich glaube nicht, dass wir genetisch programmierte Diebe sind. Ich glaube auch nicht, dass es Teil unserer Kultur ist, Kinder zum Betteln zu schicken. Eltern die das tun, sollten eingesperrt werden. Ich meine aber auch, dass Politiker, die Roma als Ratten bezeichnen, eingesperrt werden sollten. Was nun dieses Antizigeunertum betrifft, vielleicht wissen sie nicht viel darüber, aber es ist so weitverbreitet, dass es bereits ein Teil des europäischen Gedankenguts geworden ist.

Eine große „Mainstream“-Zeitung in Rumänien veröffentlichte einen Roma-feindlichen Beitrag. Ich habe den verantwortlichen Journalisten dann getroffen. Er schrieb folgenden Witz in der Zeitung: „Ein italienischer Pädophiler wurde in seinem Auto nackt mit vier Roma-Kindern vorgefunden und es gab viele solche Vorfälle von Pädophilen, die danach mit leeren Geldtaschen dastanden.“ So einen Witz auf Kosten von Roma zu machen ist grotesk! Die FRA wurde mehrmals darüber

informiert, reagierte aber nicht. Die EU war bei diesem Vorfall peinlich still und hat überhaupt nichts getan. Das nächste Beispiel ist aus Bulgarien. Dieser Herr hat den Preis für den besten Jungschriststeller bekommen. Er schrieb folgendes: „Die Zigeuner kommen wie die Wölfe und sie vermehren sich wie die Schafe, Kastration könnte dem vorbeugen. Aber die Zigeuner sind keine Hunde, obwohl sie wie Hündinnen jedes Frühjahr werfen [...].“ Das ist ernst gemeint, es ist kein Witz. Stellen Sie sich vor, es würde das Wort „Gipsies“ mit „Österreicher“, „Deutsche“, „Neger“ oder „Juden“ ersetzt werden, dann würde das sofort eine sehr starke Reaktion auslösen. Über diesen Vorfall sprach niemand. Wir mussten fünf Monate lang Druck auf die Kommission ausüben, nach fünf Monaten kam dann ein Brief. Das ist absolut inakzeptabel. Wenn sie glauben, dass das ein Witz ist, dann ist das nicht der Fall. Das ist nun ein Videoclip, während der Wahlkampagne in Bulgarien, von der Regierung, die damals an der Macht war. Die sehr hypokritisch und gleichzeitig auch paradoxer Weise das Roma-Jahrzehnt ins Leben gerufen hat.

Ich beschreibe kurz den Inhalt des Spots: Es ist ein Geschäftstreffen, ein Mann geht heraus, versucht etwas zu präsentieren und plötzlich wird er von einer „Zigeunerin“ verhext und sie sagt zu ihm, das wird wirklich eine sehr gute Zeit für schmutzige Geschäfte sein. Und dann sagt er, bitte geben sie mir zwei Levas. In der allgemeinen bulgarischen Mentalität tun das die Roma und das endet folgendermaßen: Gehen sie wählen, wenn sie nicht wählen, dann werden sie statt ihnen wählen. So quasi, also wenn sie nicht wählen gehen, dann werden die „Zigeuner“ wählen gehen und ihre Leute in die Politik bringen. Wir haben hier versucht möglichst viel Druck auf die Europäische Union auszuüben und es gab nicht einmal irgendeine Erklärung seitens der Europäischen Kommission, trotz der Tatsache, dass es ja Gesetze gegen Diskriminierung gibt und trotz der Tatsache, dass es hier ja auch zivile Freiheiten gibt.

Ich erzähle ihnen gleich mehr: Diese Geschichte stammt aus der Slowakei: Am 21. Juli 1995 wurde der 17jährige Mario Gorijo verprügelt und dann lebend verbrannt und zwar dort, wo im Zweiten Weltkrieg ein Pogrom gegen Roma stattgefunden hat. Am 23. August des gleichen Jahren sagte Jan Zlota von der Slowakischen Nationalpartei im nationalen Radio der Slowakei, dass er „gegrilltes Fleisch auf Zigeunerart ja liebe, aber ich würde hier noch mehr Fleisch und weniger Zigeuner bevorzugen“. Also

stellen sie sich mal vor, wenn man dasselbe über die Juden sagen würde, das würde sofort heftige Reaktionen hervorrufen. Und die diplomatischen Verbindungen zwischen Israel und der Slowakei und wahrscheinlich auch mit den Vereinigten Staaten und mit einem Großteil der Europäischen Union wären dann zu Ende, aber hier ist überhaupt nichts passiert. Wir wollen gar nicht davon sprechen, was der frühere slowakische Premier Vladimir Meciar sagte, nämlich dass die Roma asozial, sozial und geistig zurückgeblieben und für die Gesellschaft inakzeptabel sind.

Das Beispiel hier ist aus Rumänien: Der Koordinator und Arzt der Befruchtungsbank hat gesagt, dass alle Männer zwischen 18 und 40, die noch nie Syphilis, Diabetes, Fettleibigkeit, Aids oder genetisch übertragbare Krankheiten gehabt und einen Schulabschluss haben, Samen spenden können. Es gebe auch eine finanzielle Entschädigung, aber wir wollen nicht sagen wie hoch die ist, weil wir sonst morgen eine große Gruppe Zigeuner vor der Türe stehen haben. Also bin ich zum Arzt gegangen und habe gesagt, ich möchte gerne Samen spenden und der Arzt hat gesagt: „Ja natürlich“ und ich erwiderte: „Nein, kann ich nicht, weil Sie sagen dass ich kein Kaukasier bin“. Das ist idiotisch, natürlich sind wir Kaukasier, genauso wie alle anderen. Ohne die Hinzunahme von Stereotypen besteht keine Möglichkeit irgendwie zu differenzieren, wer ist Roma und wer nicht.

Folgendes ist aus einem Fußballspiel: „Zigeuner, fickt die Zigeuner“, steht hier: „Wir haben die Zigeuner gehasst und werden sie immer hassen und wir werden immer auf euch pissen.“ Das passiert jedes Jahr in Bukarest und das passiert leider genauso in vielen anderen Ländern. Und weil es um Roma geht, wird es akzeptiert. Ich hatte einmal eine nette Unterhaltung mit einem spanischen Mitglied von der EU Kommission, er meinte in Spanien passiert das nicht. Ich sagte: Natürlich passiert das auch in Spanien. Wenn Valencia in Barcelona spielt, beginnen sie auch wieder Tiraden gegen Zigeuner zu singen und er sagte: „Ach ja, Sie haben Recht, aber ich bin es schon so gewöhnt, dass ich es gar nicht mehr höre.“ Also wir haben uns schon so sehr daran gewöhnt, Hasstiraden gegenüber den Roma zu hören, dass uns das gar nichts mehr ausmacht, das ist schon sozusagen eine Tradition.

Hier ist etwas von einer Zeitung: „Gipsy raiders plunder west.“ Ich zeige ihnen gleich, was es damit auf sich hat. Es wurde gemutmaßt, dass es sich bei den Plünderern um

Zigeuner handelt, wegen der angeblich abgetragenen Kleidung. Tatsächlich waren es keine Zigeuner sondern Iren – so irisch wie man nur sein kann – und diese Zeitung hat nie eine Entschuldigung ausgesendet.

Nun, das hier ist von einem Bürgermeister in Rumänien: „Ich pisse auf die gottverdammten Zigeuner und Hooligans.“ Dieser Politiker beschimpft uns alle und bekommt von der rumänisch orthodoxen Kirche zwei der höchsten Auszeichnungen, obwohl er zweimal vom nationalen Antidiskriminierungsrat abgestraft wurde. Die Kirche hält ihn trotzdem für einen sehr guten Christen. Das hier ist ein deutsches Malbuch nur mit Tieren. Das einzige, was nicht tierisch ist in dem Buch ist dieses Bild von einer Wahrsagerin – einer Romni.

Also, was muss man tun? Man muss hier der Versuchung widerstehen zu verzweifeln. Es gibt viele Mitglieder in der Gruppe der Roma, die extrem passiv sind, verbittert und resigniert haben, oft ist der einzige Ausweg suizidäre Gewalt. Wir brauchen eine effektive EU-Arbeitsgruppe gegen Antiziganismus und wir brauchen ein permanentes Sekretariat innerhalb der EU Kommission, das sich mit der sozialen Integration der Roma beschäftigt und auch eine gezielte Budgetlinie, die sich auf die Roma-Gemeinschaften konzentriert und sicherstellt, dass Roma „Watchdog“-NGOs nicht verschwinden. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

**Baumgartner:** Viel Diskussionsstoff ist in diesem Beitrag. Ich glaube, dass auch der nächste Vortrag ein bisschen in diese Richtung geht. Stanko Daniel hat es schon angesprochen, dass Vorurteile gegen Roma inzwischen zum Standard- und Mainstreamdiskurs in vielen osteuropäischen Ländern dazugehören. Éva Kovács hat einen Vortragstitel gewählt der auch in diese selbe Richtung deutet: „Anerkennung oder Erkennung“ und wird das am Beispiel ihres Heimatlandes Ungarn darlegen.

**Éva Kovács:** In Ungarn gibt es keine ethnische Registrierung, doch ein widersprüchliches Minderheitengesetz, nach welchem die Roma als heimische Volksgruppe anerkannt sind. In den vergangenen Jahrzehnten verwendeten zahlreiche Integrationsprogramme in Ungarn und der EU die Möglichkeit der Gruppenregistrierung. Auch mit der individuellen Registrierung wurden Versuche unternommen, und zwar durch manche Förderungsstipendien zu



Antidiskriminierungsthemen, die explizit für Roma, - nach eigenen Angaben der Bewerber - ausgeschrieben wurden. Damit entstand ein besonderer Spielraum, in welchem nach dem Muster des „Hütchenspiels“ aus der Unsichtbarkeit plötzlich Roma-Dörfer, Roma-Gemeinden und sogar Roma-Menschen auftauchten. Die

diesbezüglichen Erfahrungen blieben sowohl im Kreis der Roma, als auch der Mehrheitsgesellschaft ziemlich heterogen. All dies verlief so, dass trotz des Minderheitsgemeindesystem und den verschiedensten kulturellen Roma-Vereinen die Mehrheitsbevölkerung über die Roma-Kultur oder diejenigen Mitbürger, welche sich als Roma bezeichneten, kaum etwas in Erfahrung bringen konnte.

Während die anderen heimischen Volksgruppen (z. B. Deutsche und Slowaken) sich die Möglichkeiten des Minderheitengesetzes in erster Linie zur Vorstellung ihres kulturellen Andersseins zunutze machten bzw. machen konnten, das heißt, es entstand im Zusammenhang mit dem Anderssein keine „Deutschenfrage“, nicht einmal eine „Rumänenfrage“, hat die Mehrheitsbevölkerung die ungarischen Roma auch über ihre Minderheitengemeinden in erster Linie zur Verkörperung ihrer gesellschaftlichen Abgrenzung gezwungen. Wenn sich die rechtliche Emanzipation und gesellschaftliche Anerkennung verwirklichen, zieht das kulturelle Anderssein keine „Frage“ nach sich, wenn jedoch die rechtliche Emanzipation bloß eine Papierform bleibt und durch gesellschaftliche Anerkennung keine Unterstützung bekommt, wird auch das kulturelle Anderssein, welches einen Teil der nationalen Kultur bildet, zur Unsichtbarkeit verurteilt.

Jetzt ist die Frage angebracht: Wenn die rechtliche Emanzipation und die gesellschaftliche Anerkennung eine Sichtbarmachung auslösen und in Ermangelung sozialer Akzeptanz nicht einmal das kulturelle Anderssein sichtbar wird, dann stellt sich die Frage was sehen wir eigentlich, wenn wir einen „Zigeuner“ erblicken? Ich werde versuchen diesen scheinbaren Widerspruch aufzulösen, dazu müssen wir aber zunächst den „Zigeuner“, falls er zur „Frage“ wird, näher betrachten.

Tonangebende politische Persönlichkeiten beziehen sich auf ethnische „Ungleichheiten“ auf dem Gebiet der Armut, Kriminalität, Kinderzeugung, und bringen zum Ausdruck, dass mit politisch korrekten Ausdrücken nur „die Möglichkeit blockiert

wird, über die Tatsachen offen zu reden“ (László Sólyom, Präsident der Republik Ungarn). „Die Tabus müssen angetastet werden“ (Máté Szabó, Ombudsmann der Bürgerrechte). Wie können ethnische Gleichheiten in den oben genannten Fragen entstehen, wenn es keine individuelle ethnische Registrierung gibt? Und wie können diese im Diskurs zu „Fakten“ werden. Wo entsteht das Tabu, und kann man dieses berühren?

In der „Zigeunerfrage“ ist eine markante Verschiebung spürbar, welche ihren Anfang in der Zeit der Wende genommen hat und in der Gegenwart den öffentlichen Diskurs bereits grundlegend verändert hat. Die gesetzwidrige, jedoch von der Macht kontinuierlich ausgeübte individuelle ethnische Registrierung in der sozialistischen Periode wurde auch nach der Wende in alltäglicher Praxis betrieben. Im Sozialismus konnte es jedoch hierfür keine Öffentlichkeit geben, das heißt, diese Praxis konnte in den Diskurs nicht unmittelbar einsickern. Es wurden geschwätzige Diskussionen geführt, skandalöse Pseudosoziographien erschienen, welche die einschlägige politische Elite nicht als Tatsachen aufgegriffen hat, weshalb die Gesellschaft diese auch nicht offen als Evidenz handhaben konnte.

Wenn sich die Formen der Registrierung – abgesehen von der Volkszählung - nicht änderten, wie konnten die ungesetzlich gesammelten Angaben heute zu Fakten werden? Die Soziologen haben mithilfe verschiedener Modellverfahren oder motiviert von ethnographischen Interesse Zigeuner gesucht und gefunden. Dies unternahmen sie nebst wissenschaftlicher Informationsgewinnung nicht selten mit dem Ziel die Emanzipation (entsprechend dem Zeitgeist: Integration) der Roma voranzutreiben, gegen ihre gewaltsame Assimilation ein Wort einzulegen, und ihre gesellschaftliche Anerkennung zu beschleunigen. Sie haben nicht registriert, sondern Muster aufgenommen und nachher statistische Schätzungen veröffentlicht, welche allerdings im öffentlichen Diskurs als Fakten fixiert wurden und so die bis dahin als Tabu geltende Abstammungskategorien erschütterten.

Die Gesellschaftsforschung, welche als proaktive Tätigkeit startete, und sich um die Anerkennung der Roma bemühte, reagierte auf den Wandel im öffentlichen Diskurs eine Zeitlang in defensiver Weise. Sie ging um den „verbotenen Baum“ herum oder hat diesen gar nicht wahrgenommen. Sie sprach von ethnischem Unterschied, ethnischer Gruppe, ethnischer Stimmungsmacherei, und hat eine derartige Armutskultur oder ethnische Kultur einbezogen, die außer ihr und der in Armut lebenden sprachlosen und unsichtbaren Minderheit gar niemand kannte. Das

„Zigeunertum“ als Menge gesellschaftlicher Handelnder – ist zu diesem Zeitpunkt derart zum Opfer verbaler und tätlicher Diskriminierung geworden und aus den öffentlichen Bereichen des Lebens verdrängt worden, dass sein kulturelles Anderssein, seine Ethnizität außer die Soziologen gar niemand mehr interessierte. Und infolge der steigenden Segregation wollten immer weniger Menschen etwas mit den Roma zu tun haben.

Der ungarische Diskurs ist in den letzten Jahrzehnten in ein gefährliches Fahrwasser geraten. Da Ungarn nie ein Kolonialreich war, sind bis heute die Begriffe wie Kultur, Ethnizität und Nationalität stark in Gebrauch. Der ungarische Diskurs schreckt seit 1945 vor dem Begriff Rasse zurück: Die Rasse ist nicht korrekt, ist kein Gesprächsstoff, die Rasse wird bloß im Wörterbuch der extremen Rassenschützer verzeichnet. Die Vorurteile, wie die „Juden betrügen“ oder die „Roma stehlen“, stempeln meistens alle Mitglieder der Gruppe ab, auch wenn sie verallgemeinern und tatsächlich erlebte eigene Erfahrungen wiedergeben. Dabei ist es irrelevant, ob die Mehrheit diese negativen Eigenschaften hat oder nicht. Dies wird als Rassismus ohne Rassen, aber auch kultureller Rassismus oder antisemitischer, anti-Roma-kultureller Kode bezeichnet. Die neue gesetzwidrige, pseudowissenschaftliche Registrierung ist der Blick des biologischen Rassismus: Zum „Roma“ wird derjenige, dessen Körper als „Roma“ gesichtet wird.

Die in Polizeirevieren, Gefängnissen, Krankenhäusern, Kinderheimen und Schulen heimlich oder auch offen, aber ungerechterweise als „Zigeuner“ registrierten Menschen wurden von der nicht farbenblinden meinungsgestalterischen Elite (welche die Diskrimination der Roma als eine gesellschaftliche Tatsache auffasst) auch lange als „Zigeuner“ betrachtet. Es ist das Bild des „Zigeuners“, das anhand der modernen soziologischen oder ethnisch-kulturellen Kategorien definiert wird. Diese Elite hat es nicht realisiert, dass sie schon seit langer Zeit nicht denselben „Zigeuner“ sieht, dass sich der anerkennende und erkennende Blick verhängnisvoll vermischt haben: sie haben das Tabu – den Körper der „Roma“ – berührt.

Ich weiß nicht, wie man aus dieser Situation herausfinden kann. Ich weiß nicht, wohin die Verschmelzung der kulturellen und rassistischen Kodes der Roma-Diskriminierung führt. Das „Zigeunertum“, als entweder eine ethnisch-kulturelle Erscheinungsform des Andersseins, oder ein bestimmendes Element der ungarischen Armut hätte sehr wohl in einem anderen historischen Moment, in einer

anderen gesellschaftlichen und politischen Konstellation zum Zielpunkt gesellschaftlicher Solidarität werden können. Die Folge eines gesellschaftshistorischen Prozesses ist die Tatsache, dass die Mitglieder der hinfälligsten, ärmsten, und am meisten sichtbaren gesellschaftlichen Gruppe zur Zielscheibe gesellschaftlicher Gewalt werden. Zwar verfügen diese Bürger über gar kein oder sehr wenig gesellschaftliches und wirtschaftliches Kapital, der Diskurs schaffte es jedoch, sie zum Feind und Rivalen zu degradieren. Sie werden zum gefürchteten Feind durch den falschen kulturellen Rassismus der „Zigeunerkriminalität“, den drohenden biologischen Rassismus der „sich vermehrenden Zigeuner“ und zum Rivalen durch den Wohlstands-rassismus, der „parasitären, von Sozialhilfe lebenden Zigeuner“. Regierungsprogramme, Verordnungen der Gemeinden, Parteienerklärungen, Parlamentsbeschlüsse und wissenschaftliche Meinungen versuchen diese Gemeinschaft der „Zigeuner“ in Bewegung, zu verhindern, an die Scholle zu binden. „Die Sozialhilfen würde ich statt Geld, in Form von Lebensmittelkarten gewähren, die nur Kinder in den Schulen einlösen können, damit alle Frühstück und Mittagessen bekommen.“

Auf die aktuelle „Zigeunerfrage“ habe ich keine Antwort – ich würde mich nie an einer Diskussion über die „Zigeunerfrage“ beteiligen. Hingegen würde ich bestimmte Tabus, welche diese „Frage“ aus ihrer Natur abgeleitet nie anfassen, auf jeden Fall verletzen wollen. Diese Tabus haben uns nämlich gemütlich in Lebenslügen gewiegt. Als Schlusswort würde ich gerne einige bereits in Vergessenheit geratene oder noch gar nie ausgesprochene Sätze zum Gemeinplatz vorschlagen.

1. In Ungarn existiert keine „Zigeunerfrage“ – hingegen gibt es einen schwerwiegenden gesellschaftlichen Konflikt, der die schutzloseste, aber die auffälligste, am leichtesten erkennbare gesellschaftliche Gruppe zum Sündenbock macht.

2. In Ungarn gibt es und wird es in nächster Zukunft auch keine Vollbeschäftigung geben. Die sozialpolitischen Maßnahmen, welche die Arbeitslosigkeit kompensieren, müssen langfristig durchdacht werden. Die Beschäftigten müssten mit den älteren Menschen, Kindern und denjenigen, die ihrer Arbeitsmöglichkeiten beraubt wurden, einen völlig neuen gesellschaftlichen Vertrag abschließen. Arbeitslose, ältere Menschen, Kinder usw. können in der ungarischen Gesellschaft keine Parias werden.



3. Die Sozialhilfe hilft nicht nur denjenigen an der Oberfläche zu bleiben, die diese beziehen. Die Bezieher geben das erhaltene Geld bis zum letzten Cent aus – sie sind sogar gezwungen den Großteil der Hilfe in dem teureren, also in dem „weißen“ Wirtschaftssektor auszugeben. Das bedeutet, ein Teil der Hilfe, in Form von Umsatzsteuer, landet gleich in der Tasche des Staates, während die Einnahmen in der Kasse der Händler landen. Das in der grauen und schwarzen Wirtschaft ausgegebene Geld ist ebenfalls farbenblind, es gerät an denjenigen, der dafür etwas geben kann. Da es in Ungarn keine ethnische Wirtschaft gibt, müssten sich diejenigen, die von den Roma die Sozialhilfe wegnehmen oder jedwede Hilfeleistung einstellen wollen, auch darüber im Klaren sein, dass dieses Vorhaben die ganze Region, wo die Sozialempfänger leben, in eine viel schwierigere Lage versetzen würde, da die Nicht-Roma-Bevölkerungsgruppen, die noch in einer besseren Situation sind, auch verarmen würden.

4. Die wichtigste Besonderheit des „verzinsten Geldes“ besteht ebenfalls nicht darin, dass es zwischen konkreten ethnischen Gruppen fließt, sondern dass es überhaupt fließt. „Verzinstes Geld“ brauchen in der Regel diejenigen Wirtschaftsbereiche, in welchen ganz wenig Bargeld fließt, jedoch solche Leute leben, die der Geldwirtschaft völlig ausgeliefert sind. Derjenige, der an die kapitalistische Wirtschaft glaubt, wird nicht gegen den Kredit protestieren. Jede dieser Kreditformen, die keine Beziehung zwischen Patron und Klienten schafft, und den Kreditnehmer nicht in Schuldnersklaverei versetzt, mildert den chronischen Bargeldmangel in der gegebenen Region.

5. Bis jetzt hat keine polizeiliche Ermittlung bestätigt, dass es in Ungarn eine organisierte ethnische Kriminalität gäbe. Hingegen kursieren genug Nachrichten darüber, dass die organisierte Kriminalität in der Regel von Roma ausgeübt wird, und wenn die organisierte Kriminalität eine ethnische Färbung hat, kann vermutet werden, dass an der Spitze der Organisation nicht die Roma stehen. Dafür gibt es bei uns eine gegen die Roma gerichtete Gewalt, die sich als ethnisch, und zwar „ungarisch“ bezeichnet. Es ist aber bis jetzt nicht gelungen, staatliche Maßnahmen erfolgreich gegen organisierte Kriminalität einzusetzen.

6. An der geistigen und politischen Roma-Elite ist nicht festzumachen, dass diese gespaltener und unmoralischer wäre, als die Elite der Mehrheitsbevölkerung, umso mehr, als die Roma-Elite der anderen ausgeliefert ist. Die Roma-Intellektuellen und die Politiker haben das Problem gemeinsam, dass sie zahlenmäßig sehr

schwach sind. Die geistige und politische Elite der Mehrheitsbevölkerung sollte statt der „Zigeunerfrage“ eine einzige sinnvolle Botschaft aussenden: Mit dem vergeblichen und in ihren Wurzeln verfehlten Kampf zu Gunsten der Roma aufzuhören und mit den Roma an der Ausarbeitung von Alternativen zu beginnen. Wir sind eine Handbreit weit davon entfernt.



**Rudolf Sarközi:** Bevor ich mit meinen Ausführungen beginne, möchte ich mich erst einmal bei dem Veranstalter bedanken. Da der Kulturverein, wie sie ja sehen, auch hier Mitkoordinator dieser Veranstalter ist, möchte ich aber auch dazu sagen, dass Walter Posch vormals im Nationalrat im SPÖ-Klub tätig war und dort auch Volksgruppensprecher war. Da ich mit ihm auch sehr lange erfolgreich zusammen gearbeitet habe, möchte aber auch meinen politischen Titel nicht untergehen lassen, denn es kommt immer auf die Politik an, was aus einer Volksgruppe wird und wie

man das Ganze auch bewegen kann. Ich bin seit 1991 auch SPÖ-Bezirksrat in Wien Döbling und vertrete nicht nur die Roma, ich vertrete die Wiener, vor allem in meinen Bezirk in allen Belangen. Desweiteren möchte ich auch die Vertreter der Roma-Vereine begrüßen. Ich möchte hier ganz besonders Prof. Moses Heinschink begrüßen, der sich schon Jahrzehnte als Nicht-Rom, aber du bist in der Zwischenzeit schon ein Ehren-Rom geworden, vor allem mit der Sprache, mit den verschiedenen Dialekten beschäftigt hat. Ich sehe aber auch andere AktivistInnen aus den Reihen der Zuwanderer-Roma, wie ich sie liebevoll nenne, in der Zwischenzeit sind sie ja neue Wiener und neue Österreicher geworden, man darf ja das nettere Wort auch hier verwenden.

Um zurück zu kommen auf die Tätigkeit der Roma Österreichs. Es ist 20 Jahre her, als wir 1989 begonnen haben den ersten Roma-Verein in Oberwart zu gründen. Sie sehen, wie schnell 20 Jahre vergehen, damals schwarzhaarig, schlank, vielleicht auch hübsch, in der Zwischenzeit grau, alt und dick, so vergeht einfach die Zeit, aber nicht so, dass wir nichts zustande gebracht hätten. Über die Anerkennung als Volksgruppe selbst möchte ich nicht allzu viel Zeit verlieren, dazu können sie das Buch erwerben, welches ich 2008 veröffentlicht habe (Rudolf Sarközi: Roma -

Österreichische Volksgruppe - Von der Verfolgung bis zur Anerkennung, Drava-Verlag, 2008).

Das Buch schildert nicht nur meinen Eindruck, es sind auch die Dokumente darin festgehalten, wer, wann und wie Beteiligter war, auch meine Beweggründe, warum dieser Weg zustande gekommen ist. Als wir damals begonnen haben mit der Volksgruppenanerkennung hat man mich vielerorts gefragt - auch die eigenen Leute, auch meine Mutter, warum tust du dir das an. Und ich habe gesagt, ich möchte sehen, wer mich angreift. Euch haben sie im KZ geschlagen, geschunden und 90 % unserer Familie sind ermordet worden. Wir stehen heute in einer neuen Zeit und wenn man 30 Jahre zurück geht, sind wir in den 1980er Jahren, und wenn man noch ein Stück weiter zurückgeht, dann denkt man sich eigentlich, wie lange ist es her, dass dieser Zweite Weltkrieg vorbei war. Und wie hat es dann begonnen? Sie werden auch in diesem Buch das Vorwort von Bundeskanzler Vranitzky finden, unter dessen Regierungszeit uns die Anerkennung ausgesprochen worden ist.

Sie haben größtenteils bei meinen Vorrednern und Mitstreitern gehört, was alles im Negativen bis zur Verfolgung in den einzelnen Ländern passiert. Ich kann – und das sage ich sehr selten – mit vollem Stolz feststellen, dass ich seit Bruno Kreisky, der in meinem Bezirk beheimatet war, sogar meiner Sektion angehört hat, mit jedem Bundeskanzler auch von der anderen Farbe, hier spreche ich Bundeskanzler Schüssel an, mit jedem per Du war. Um auch hier zu zeigen, liebe Gäste, wie man auch politisch herangehen kann, um für seine Volksgruppe einiges zu erreichen.

Es wurde schon vom Volksgruppenbeirat gesprochen, es wurde vom neuen Gesetz gesprochen, das, so hoffen wir, in Verfassungsrang kommen wird. Wir haben heute am Vormittag ein Treffen gehabt, wo wir über die Vorgangsweise und unsere Nominierungen, für dieses Gremium gesprochen haben. Ich möchte das nicht breittreten, aber es geht uns um die Zukunft, darum ein neues Verfassungsgesetz für uns zu bekommen. Ich möchte auch auf die Gemeinde Wien hinweisen, vielleicht kann mir jemand noch eine Stadt in Europa nennen, wo es einen Romaplatz gibt, einen Sintiweg und einen Lovaraweg. Ich weiß keine und ich bin in Europa sehr viel herum gekommen, aber Wien hat einen.

Um ihnen auch hier diese Situation des Zusammenlebens vorzuführen, möchte ich auch über die Vereine etwas sagen. Es gibt neben dem Kulturverein Österreichischer Roma seit 1991 das Romano Centro, das hier nicht nur die autochthone Volksgruppenangehörigen vertritt, sondern auch Teile der Zuwanderer, der neuen Wiener aus unserer Volksgruppe vertritt. Und das sind auch immerhin jetzt schon 19 Jahre, wo wir einmal mehr oder weniger erfolgreich zusammen gearbeitet haben. Darüber hinaus aber – und da wird auch die Frau Gaspar darüber berichten – sind in Wien meines Wissens, ich peile so über den Daumen, ca. 20 Roma-Vereine entstanden, die versuchen, sich zu artikulieren, ihre Rechte, ihre Arbeit und auch Feste gemeinsam zu feiern, auch hier gibt es eine gute Zusammenarbeit.

Wir versuchen in Wien dieses Zusammenleben zu fördern, d. h. nach dem Attentat in Oberwart wurde von mir und meinen Freunden ein Roma-Fonds gegründet, aus dem wir unterstützend eingreifen, was Bildung und Soziales anbelangt. Was wir damals nur für die Umgebung von Oberwart in Anspruch genommen haben, geht heute in Wien durch eine neuerliche Aufstockung der Gelder aus dem Versöhnungsfonds. Auch den neuen Wienern steht das zur Verfügung, dass auch hier die jungen Menschen in eine bessere Zukunft gehen können. Man hat auch darüber gesprochen, wie es mit der Arbeit aussieht. Es ist natürlich schwer zu differenzieren, natürlich gibt es in Oberwart die Frau Baranyai, die vom AMS angestellt ist und hier einen großen Überblick hat, wo Arbeitsplätze gebraucht werden, Lehrstellen zur Verfügung stehen und mit großem oder weniger großem Erfolg auch Arbeitsplätze und Lehrplätze findet. Natürlich, das Selbstbewusstsein spielt eine sehr große Rolle. Wenn man mir oft auch sagt, ich krieg als „Zigeuner“ keinen Arbeitsplatz, dann mag es schon stimmen, dort oder da, wenn man zwei oder drei Mal erfolglos auf Arbeitssuche war und man findet keine. Aber Vertrauen haben die Leute auch in uns. Ich habe auch in Oberwart erlebt, wo eine Frau – unserer Volksgruppe angehörig – bei der Kassa in einem großen Lebensmittelladen gesessen ist und dort das Geld kassiert hat. Und ich glaube, hier ist es ganz wichtig dieses Selbstbewusstsein auch zu steigern.

Was tun wir, die Vereine, eigentlich? Wir laden Leute zu uns ein, wir halten Vorträge, demnächst wird eine Schule aus dem 15. Bezirk vom Henriettenplatz zu uns kommen, auch hier ist der Professor da, der in der Schule eine Ausstellung machen

wird mit seinen Schülern und auch mit den Lehrern gemeinsam, damit auch die Jugend erfährt, was passiert ist und wie wir mit der Volksgruppe umgehen. Wir haben auch mit den Gedenkstätten einiges zu tun. Denn wenn man 90 % seiner Familien verloren hat, dann haben diese Gedenkstätten wie in Mauthausen, Salzburg, Lackenbach, wo ich geboren bin oder in Auschwitz, große Bedeutung. Wir versuchen auch hier – und es gelingt uns in Wien und in Österreich generell ganz gut - die Jugend einzubinden. Nicht nur die Roma-Jugend, auch darüber hinaus, dass sie an Gedenkstunden teilnehmen oder wie in Lackenbach das Bundesgymnasium von Oberpullendorf die Patenschaft übernimmt. Hier führen wir unsere Jugend heran und versuchen auch ein Verständnis zu wecken, was mit unseren Menschen passiert ist.

Von wegen wanderndem Volk? Die Familie Sarközi, also ich beziehe mich nur auf meine eigene Familie, und hier ist der lebende Beweis, denn Dr. Baumgartner, der schon seit Jahrzehnten mit uns zusammen arbeitet und eigentlich der profundeste Kenner der Geschichte der österreichischen Roma ist, hat mir eine Originalurkunde aus Oberwart gebracht aus dem Jahre 1674. Seit dieser Zeit lebt meine Familie und natürlich viele andere auch in diesem Gebiet. Wir sind nie auf Wanderschaft gegangen, vielleicht arbeitsmäßig. Man hat ja früher nicht seine Arbeit dort ausführen können, wo man gerade lebt, nicht nur als Roma. Auch viele andere mussten als Wanderarbeiter oder auf die Stör gehen. War Peter Rosegger ein Rom, weil er mit seinem Kasten als Schneider unterwegs war? Nein. Meistens sind wir verfolgt worden und dadurch mussten wir unsere angestammte Heimat verlassen. Und wenn ich die Chronik des Burgenlandes heute lese, dann gab es natürlich diese Armut und diese Diskriminierung und viele Menschen konnten damit nicht umgehen.

Und wenn man heute einem Bildungsdefizit noch immer nachhängt, dann bitte denken sie einmal mit mir nach. Meine Mutter ist mit 17 Jahren nach Ravensbrück ins Konzentrationslager gekommen, sie war Analphabetin. Als ich 1944 geboren wurde war sie es noch immer. 1945, als sie mit mir überlebt hat, hatten wir nicht einmal ein Dach über dem Kopf, da mussten wir überleben und weiter leben, da war kein Platz für Bildung. Gott sei Dank habe ich in dieser Nazigemeinde Unterschützen Lehrer gehabt, die darauf wirklich geschaut haben, dass wir nicht benachteiligt worden sind. Wir sind nicht automatisch in eine Sonderschule abgeschoben worden.

Fragen sie viele meiner Generation, wie schnell sie in einer Sonderschule gelandet sind und dann sprechen wir hier über Intelligenz und was weiß ich, über Bildungslücken. Hier sind sie entstanden.

Heute können wir sagen, der Staat unterstützt, außerschulische Lernbetreuung ist eine Selbstverständlichkeit geworden. Viele der neuen Wiener, ich verwende wirklich das Wort ganz bewusst, werden durch Betreuung unterstützt. Viele helfen hier mit, um unseren Roma-Kindern auch in der Bildung nachzuhelfen. Da hat man zwei oder drei Assistentinnen, die in den Schulen unterwegs sind und versuchen, uns über diesen Weg aus dieser sozialen Randlage heraus zu führen.

Der gesellschaftliche Zugang: Wir veranstalten in unserem Verein, beim Kulturverein, seit fast 15 oder 16 Jahren, genau müsste ich erst nachrechnen, den Roma-Advent. Es hat das halbe Burgtheater schon bei uns gelesen. Ob das eine Elisabeth Orth war oder Katharina Stemberger, um hier nur zwei zu nennen. Wer denkt nicht an die Musiker. Ungarn, was wäre Ungarn ohne den Csárdás, ohne den Mulatschag, man denkt automatisch bei Roma immer nur an das Negative. Das Land hat aber auch Menschen, die diese Kultur mittragen.

Frau Dr. Achleitner hat einen Fall erzählt, wo eine Familie keinen Anschluss an die Zivilisation wollte, kein Licht und kein fließendes Wasser. Vielleicht sind sie überzeugte Grüne, aber es ist nicht so. Ich habe voriges Jahr einer Frau in Stegersbach die Wohnung hergerichtet, nur weil ich aus Geldern der Volkshilfe, die beim Weihnachtspunsch hereingekommen sind, helfen konnte. Es sind immerhin 8.000 Euro gewesen, die ich dort ausgeben konnte. Es fehlt hinten und vorne an Geldern, an Spenden, wo wir solchen Menschen, die auch heute nach wie vor da sind, helfen können, denn die haben dieses Lerndefizit, konnten keine Berufe ergreifen. Heute sind sie in einem Alter, wo sie auch krank sind und nur mehr von der Sozialhilfe leben, das ist das Negative, aber der Staat springt auch hier ein und hat eine Mindestsozialhilfe geschaffen, aber sie können sich ausrechnen, wie lange kann man damit auskommen.

Und eines möchte ich vielleicht am Ende noch sagen, um auch hier die europäische Dimension zu nennen. Ich bin sehr viel in Europa unterwegs, auch in Brüssel. Ich

habe so viele Filme gesehen. Ich bin in der Medienstiftung und verbege Preise für gut gemachte Filme, aber aus meiner Sicht sind die EU-Verantwortlichen auf beiden Ohren taub. Frau Dr. Achleitner wird sich erinnern, unter der Regierung Gusenbauer war ich bei Ihnen, wir haben darüber gesprochen eine Konferenz hier in Österreich zu organisieren, um eine bessere Situation für die Roma in Europa herbei zu führen. Unsere Regierung hätte die anderen EU-Staaten einladen sollen, um hier eine Konferenz abzuhalten und nicht die anderen Länder zu verurteilen, sondern zu sagen, wie können wir gemeinsam mit der Europäischen Union oder in der Europäischen Union dieses Problem der Roma in Europa lösen. Geschehen ist leider nichts.



**Iovanca Gaspar:** Ich möchte meinen Vortrag in zwei Teile unterteilen. Zuerst möchte ich schildern, wie die Aktivitäten von den Migrantenvereinen jetzt ausschauen und was meine Aufgabe in der Wiener MA 17, zuständig für Migration und Diversität ist. Und der zweite Teil handelt von den Problemen, die die Roma mit den Gadge (nicht-Roma, Anm.) haben.

Jetzt drehen wir es mal um, es wird immer über die Problematik der Gadge mit der Roma gesprochen, aber wir haben selber Probleme mit den Gadge und da werde ich zwei, drei Punkte erwähnen.

Es wurde einmal gesagt, dass die Roma deshalb nicht integriert sind, weil sie unsichtbar in der Aufnahmegesellschaft sind. Dass sie sich nicht involvieren, dass sie nicht aktiv sind. Seit 2005 sind jetzt – wie vorher bereits gesagt wurde – über 15 Roma-Vereine gegründet worden. Es sind nicht alle aktiv, aber regelmäßig arbeiten ca. 10 Vereine, nicht immer gefördert. Aber das ist ja der nächste Punkt: Dass man selbstbewusst ist und etwas initiiert hängt auch sehr viel von den Mitteln ab.

Gut, es ist leicht etwas zu kritisieren und es ist besser, dass man jetzt auch ein bisschen die positiven Seiten zeigt, weil die Medien, und das ist auch eine Kritik von mir, zeigen nur, dass die Roma immer sozial benachteiligt sind, die Roma sind immer arm, es geht uns nur schlecht. Aber die andere Seite, was auch in der Diskussion

vorgekommen ist, wie viele Roma ausgebildet sind, was die Roma alles geschafft haben und was potentiell möglich ist, was die Jugendlichen tun, das ist ein Punkt, über den sehr wenig geredet wird. Und so weiß man nicht, dass es so viele Jugendliche gibt, die sich selber organisiert haben. Aber es hängt auch sehr viel von den Beziehungen ab. Wenn einen niemand kennt, der einen fördert, hat man ein Problem. Ich will nur sagen, dass die Roma in Wien sich immer integriert haben. Das ist nicht so, dass sie sich und ihre Identität verleugnet haben. Sie waren nur nicht sichtbar in der Aufnahmegesellschaft.

Seit 2005, gibt es für diese Vereine Hilfe von der MA 17, also von der Stadt Wien, auch was die Mittel betrifft. Es geht um das Projekt „Lernhilfe“, aber mit einem anderen Konzept als man es bisher gewohnt war: „Ja, die Roma gehen nicht gerne hin,“ lautet das Vorurteil: „Sie sind überfordert sich in eine Gruppe zu integrieren, in die Schule zu gehen, man sollten sie daher zu Hause unterrichten.“ Das heißt, sie sollen dort bleiben wo sie sind, weil sie nicht bereit seien, sich Mühe zu geben. Das Projekt „Lernhilfe“ hat bewiesen, dass das so nicht stimmt, das Gegenteil wurde gezeigt. Die Vereine haben sich selber organisiert. Im Mittelpunkt stehen die Eltern, weil wie ich in der Schule tätig war, habe ich diese Problematik entdeckt. Ich rede jetzt in erster Linie über die Integration der sogenannten „Gastarbeiter“, die nach Österreich gekommen sind, hier Geld verdienen und dann wieder zurück in ihr Herkunftsland gehen und dort investieren wollten. Die Zeiten haben sich aber geändert und diese Menschen haben selber keine Schule besucht, das ist von einer Generation in die nächste übergegangen: Man braucht keine Schule, man braucht nur eine Arbeit, um Geld zu verdienen. Aber, wie gesagt, die Zeiten haben sich geändert und jetzt geht es ohne Bildung nicht mehr. Alle sind auch dafür, dass sie sich bilden lassen, aber es sind Defizite da, und man muss mehr mit den Eltern arbeiten, sodass sie in erster Linie die Kinder motivieren. Und das haben die Vereine geschafft, dass sie zuerst den eigenen Kreis, den Verwandten- und Freundeskreis so mobilisieren, dass sie selber die Kinder in diese Lerngruppen, in diese unterschiedlichen Räume in Schulen und Volkshochschulen schicken. Es gibt auch eine Evaluation von der Erziehungswissenschaft an der Universität Wien darüber.



Ich will nochmal betonen, dass die MigrantInnen wenige Teile von diesem Förderkuchen bekommen, von diesen Töpfen. Und wenn sich hier was ändert, werden viel, viel mehr eigene Initiativen von den Roma kommen.

Jetzt bezüglich Arbeitsplätze: Es gibt ein neues Projekt, das auch von den Vereinen selber initiiert wurde. Was würden sich die Menschen wünschen, was können sie machen, welche Kompetenzen sind da, dass sie Arbeitsplätze bekommen. Und zwar nicht in der Konkurrenz mit den Nicht-Roma, weil die Situation so ist, dass auch sehr viele Gadge arbeitslos sind, sondern es ging um Mittel, die extra für diese benachteiligte Gruppe abgestellt werden. So ein Projekt herzustellen war viel Arbeit. Die Vereine haben sehr viel Zeit in vorbereitende Treffen investiert, ich habe dann die Vernetzung gemacht, in Kooperation mit dem Polycollege. Weil Antragsteller gegenüber der EU eine große Institution sein muss, eine, die eine Sicherheit geben kann, es kann kein neu gegründeter Verein sein.

Und ich kann nur sagen, dass wie beim Lernhilfeprojekt auch, die Initiative von den Roma selbst ausgegangen ist, dass sie selber sagen, das kann ich machen, das will ich machen, so lasse ich mich bilden usw. Es ist soweit, dass das Konzept jetzt fertig ist, es liegt jetzt noch am Sozialministerium, ob es bewilligt wird oder nicht. Aber, es wäre schön, wenn die Roma Arbeitsplätze bekämen, dann können wir sagen, dass sie auch selbstbewusst und integrationswillig sind. Das will ich betonen. Die Roma waren immer integrationswillig.

Wenn es um Sprache geht: Wir haben nach so viel Verfolgung in der ganzen Welt unsere Sprache, die nicht schriftlich ist, nicht vergessen. Jetzt gibt es verschiedene Varianten der Schrift, der Sprache, aber wir haben unsere Sprache von Generation zu Generation weiter gegeben. Das ist unser Schatz und wir können sagen, dass die Sprache der erste Schlüssel zur Integration ist. Nur, die Schlüssel zur Integration möchte ich hier als Integration von beiden Seiten definieren. Ich habe mir notiert, dass sich alle fünf Schlüssel, die Frau Achleitner genannt hat, nur auf die Roma beziehen, also nur wir müssen etwas tun.

Und jetzt komme ich zum zweiten Teil: Die Problematik der Roma mit den Gadge liegt darin, dass wir selber verwirrt sind. Wir wissen nicht mehr wohin, was sollen wir jetzt

tun? Wenn geredet wird, eine Diskussion über uns organisiert wird, oder wir uns involvieren und teilnehmen sollen. Wenn ich mich im Publikum umschaue sind da vier Roma. Jetzt ist die Frage, wie können sie teilnehmen? Ehrlich gesagt, ich habe vorige Woche gefragt, ob ich jemanden einladen darf, weil ich nicht wusste, wer organisiert das? Das ist jetzt ein Problem, dass immer über uns etwas gemacht wird, aber eigentlich ohne uns.

Das nächste Problem ist, wir wollen ein Bild von uns, so wie wir uns sehen. Es werden immer Bilder geschaffen, wie die anderen uns sehen. Aber keiner fragt uns: Stimmt das? Oder was kann man da machen, dass ihr auch zufrieden seid? Wie gesagt worden ist, wir werden romantisiert und sind gleichzeitig immer die Letzten, immer am Rande. Das sind jetzt die Probleme, die wir mit den Gadge haben und es gäbe sehr, sehr viel noch zu sagen, aber ich möchte hier einmal enden.